Petra Merkel zur Finanzpolitik: Schwarz-Gelb ohne Perspektiven **Seite 7**

Marc Schulte: Der Weg zur Wohlfühl-Stadt **Seite 3**

Bilkay Öney zur Integrationspolitik: Grenzen von Gesetzen **Seite 11**

Berliner Stimme

Sozialdemokratische Wochenzeitung

Nr.6/7 - 60. Jahrgang 27. März 2010

Menschenkette für den Atomausstieg

Die Berliner SPD ruft zur Teilnahme an der bundesweiten Aktions- und Menschenkette für den Atomausstieg am 24. April zwischen den Pannenreaktoren Brunsbüttel und Krümmel auf. Von Berlin aus fahren zahlreiche Busse nach Elmshorn.

Nach dem offensichtlichen Beschluss des Vorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Laufzeiten von Atomkraftwerken auf 60 Jahre zu verlängern, haben Umweltorganisationen die Bundesregierung vor einer erneuten Spaltung der Gesellschaft gewarnt. DNR-Präsident Hubert Weinzierl: „Es geht nicht, von der Bewahrung der Schöpfung zu sprechen und gleichzeitig auf die Atomkraft zu setzen. Die Union ist dabei, die Zukunft unseres Landes zu verspielen. Unbestritten hängt die wirtschaftliche Stärke eines Landes davon ab, ob es auf den ökologischen Märkten voran geht und eine Pionierrolle übernimmt. Doch die Union will jetzt ein Stoppzeichen für eine gute Zukunft," sagte Hubert Weinzierl.

➡ **Menschenkette: Informationen zur Anmeldung auf Seite 15**

Christine Bergmann als Beauftragte berufen

Christine Bergmann, ehemalige Berliner Arbeitssenatorin und von 1998 bis 2002 Bundesfamilienministerin, ist von der Bundesregierung als unabhängige Beauftragte zur Aufarbeitung sexueller Missbrauchsfälle berufen worden.

Sie soll vor allem als Ansprechpartnerin für die Betroffenen fungieren sowie Vorschläge zu „materiellen und immateriellen Hilfen" entwickeln. In ihrer Amtszeit als Bundesministerin hatte Christine Bergmann erstmals einen Aktionsplan der Bundesregierung zum Schutz vor sexueller Gewalt vorgelegt.

BS ❑

Solidarische Stadtgesellschaft:

„Integration und Teilhabe"

SPD lädt zur 1. Berliner Ideenkonferenz

Zur 1. Berliner Ideenkonferenz hat die SPD am heutigen Sonnabend Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Kultur und Bürgergesellschaft eingeladen. Gefragt sind ihre Vorstellungen von einer „Solidarischen Stadtgesellschaft".

Um „Integration und Teilhabe" geht es bei der ersten von vier Konferenzen in der Reihe „Hauptstadt im Gespräch". Berlinerinnen und Berliner sind eingeladen, um über Wege zu einer umfassenden, sozialen und wirtschaftlichen Integration in Berlin, zu Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und individuellen Aufstieg zu diskutieren.

Gemeinsam mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin Klaus Wowereit und dem Landes- und Fraktionsvorsitzenden der Berliner SPD Michael Müller können Ideen für die Zukunft der Stadt entwickelt werden. „Wir wollen zuhören, offen für Anregungen sein, wie wir Berlin gemeinsam weiterentwickeln zu einer Stadt mit großer Zukunft und gelebter Solidarität", so Michael Müller. Mit dabei sind u.a. der Autor und Journalist Dr. Mark Terkessidis, Brigitta Wortmann, Mitglied des Sprecherrats

Klaus Wowereit - hier beim Bezirksbesuch am Leopoldplatz am Montag - ist Gesprächspartner auf der Ideenkonferenz der Berliner SPD.
Foto: Volker A. Gaeng

des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE), der Geschäftsführer des Instituts für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration Dr. Frank Gesemann. „Stadtteilmütter" und „Bürgerstiftung Neukölln" präsentieren ihre Arbeit, in kleineren Gesprächsrunden besteht die Möglichkeit zum Ideenaustausch. Eine zweite Konferenz findet Anfang Juni statt.

➡ **Beginn: 27. März, 9.30 Uhr in der STATION-Berlin, Luckenwalder Straße 4 – 6, 10963 Berlin (am Gleisdreieck)**

„Nie wieder so weit entfernen"

Gabriel betont enges Verhältnis von SPD und Gewerkschaften

Das wichtige Verhältnis von SPD und Gewerkschaften hat der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel betont. Beide dürften sich „nie wieder so weit voneinander entfernen, wie das in den letzten Jahren der Fall war", sagte er auf einer SPD-Betriebsrätekonferenz vor mehr als 600 Teilnehmern.

Gewerkschaften und SPD verbinde ein gemeinsames Menschenbild, so Gabriel. Für beide seien „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Subjekte, die dieses Land tragen und aufbauen". Im Mittelpunkt der Konferenz stand das SPD-Arbeitsmarktkonzept. Es sieht u.a. vor, das Arbeitslosengeld I zwölf Monate länger als bisher zu zahlen, wenn Erwerbssuchende sich beruflich weiterqualifizieren. Leih- und Zeitarbeit sollen zeitlich befristet und ein Mindestlohn von 8,50 Euro eingeführt werden. Die Vorschläge sollen in Veranstaltungen mit Gewerkschaften, Unternehmern, Wissenschaft, Sozialverbänden, Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit beraten werden.

BS ❑

Liebe Leserinnen und Leser,
die nächste Ausgabe der Berliner Stimme erscheint nach den Osterferien am 17. April. Wir wünschen Ihnen frohe Festtage. Ihre Redaktion

Haushalt:

Schwarz-Gelb ohne Perspektiven und Ideen

Petra Merkel über das Ergebnis der Haushaltsberatungen im Bundestag

Die Haushaltsberatungen für den Haushalt 2010 sind in der letzten Woche mit der 2./3. Lesung zu Ende gegangen. Nach Einbringung des Haushaltes in den Bundestag Mitte Januar 2010 haben die Fachausschüsse und der Haushaltsausschuss acht Wochen lang und intensiv beraten. Allein im Haushaltsausschuss diskutierten wir in acht Sitzungen, die rund 80 Stunden dauerten und stimmten über rund 1130 Anträge ab. Das war meine „kleine Premiere" als Vorsitzende des Haushaltsausschusses.

Es ist der erste Haushalt von Schwarz-Gelb, auch wenn er oft noch als „Übergangshaushalt" bezeichnet wird, da er auf dem Entwurf des damaligen Finanzministers Peer Steinbrück aus dem Sommer 2009 beruht. Ob ich mit dem Ergebnis denn zufrieden sei, wurde ich nach den Ausschussberatungen gefragt.

Mit dem Ergebnis kann keiner - und vor allem kein Haushälter zufrieden sein. Eine Rekordneuverschuldung von 80,2 Mrd. Euro ist eine Bürde, die nicht nur uns, sondern vor allem die kommenden Generationen belastet. Unstreitig ist natürlich ein großer Teil der hohen Neuverschuldung der Finanz- und Wirtschaftskrise geschuldet.

Aber der Rest spiegelt schwarz-gelbe Planlosigkeit wieder. Beispielhaft möchte ich kurz zwei Punkte des Etats erwähnen, die mich sorgen:

❍ Die Investitionen wurden abgesenkt - um 400 Millionen Euro - wenn man die Mitfinanzierung der Länder mit berechnet fast 1 Milliarde Euro weniger - und somit auch weniger Arbeitsplätze.

❍ Die Mittel in Höhe von 900 Millionen für die Eingliederung von Arbeitslosen wurden gesperrt. In der Zwischenzeit hat die SPD in Verhandlung mit Schwarz-Gelb erreicht, dass die Sperre zur Weiterführung der Job-Center aufgehoben wird.

Die Gesamtausgaben des Haushalts 2010 belaufen sich in diesem Jahr auf 325,4 Milliarden Euro, die Steuereinnahmen werden auf 211,887 Mrd. Euro geschätzt und die sonstigen Einnahmen auf 27,713 Mrd. Euro. Die Nettokreditaufnahme liegt bei den erwähnten 80,2 Mrd. Euro, davon sind 66,5 Mrd. Euro strukturelle Neuverschuldung - gleichbedeutend mit 2,77 % des BIP. Diese Zahl ist nicht unwichtig, da ab 2011 die neue Schuldenregel greift, nach der 2016 nur noch eine strukturelle Neuverschuldung des Bundes von 0,35% des BIP (oder circa acht Mrd. Euro) erlaubt ist. Das bedeutet: Ab 2011 müssen jedes Jahr zwischen 10

Die Berliner Bundestagsabgeordnete Petra Merkel ist Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Bundestag. *Foto: SPD*

bis 15 Mrd. Euro - je nach Zinsentwicklung - eingespart werden - wie kann man dann noch an „Steuersenkungen" festhalten, wie die FDP?

Uns ist allen klar, dass erst nach der Landtagswahl in NRW „die Katze aus dem Sack" gelassen wird. Vorher kommen die Karten nicht auf den Tisch. Doch die Regierung hat keine Rezepte zur Bewältigung der Wirtschaftskrise, zur Bändigung des Finanzsektors und zur Haushaltskonsolidierung. Stattdessen betreibt sie Flickschusterei, bedient ihre Klientel und verunsichert die Bürger mit ihren unausgegorenen und unbezahlbaren Projekten einer Steuerreform und einer Kopfpauschale.

Bundesregierung ohne erkennbare Strategie

Den Kulturbereich begleite ich als Berichterstatterin meiner Fraktion bereits seit acht Jahren. Zwar ist dieser - was eine gute Nachricht ist - in diesem Jahr erneut leicht gestiegen. Gerade an der Kultur sollte man nicht sparen! Allerdings macht das alleine noch keine gute Politik. Wesentliche aktuelle kultur- und medienpolitische Herausforderungen werden von den Regierungskoalitionen nicht angegangen. Strategien, mit den Herausforderungen der kommenden Jahre umzugehen, sind bei der Bundesregierung nicht erkennbar.

Dabei sind die Herausforderungen offenkundig: Die Digitalisierung ist eine der größten kultur- und medienpolitischen Herausforderungen. Hier ist die Regierung bisher auf allen Ebenen zögerlich. Beispiel Kino: Auch auf Initiative der SPD wurden in diesem Haushalt erstmalig Mittel für die Digitalisierung der Kinos in Deutschland bereitgestellt. Damit will die SPD die kleinen Kinos, Programmkinos in der Fläche, in kleinen und großen Städten dabei unterstützen, die digitale Technik zu nutzen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise und die Steuerpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung treiben die Kommunen in den finanziellen Ruin. Von Einsparungen betroffen sind zu allererst die sogenannten freiwilligen Leistungen, zu denen die öffentliche Kulturfinanzierung gehört. Kommunen veröden und verlieren an Attraktivität, wenn das öffentlich finanzierte Kulturangebot gestrichen oder für viele Menschen unbezahlbar teuer wird. Eine von der SPD geforderte Aufstockung des Etats der Bundeskulturstiftung wurde leider abgelehnt. Hier hätte man ein Signal setzten können, kleinere, national bedeutsame kulturelle Projekte in der Fläche zu unterstützen.

Konzeptlosigkeit auch bei der Planung der Zukunft der ROC, der Rundfunk-Orchester und Chöre GmbH. Staatsminister Neumann muss sich hier gegen Pläne stellen, die die Existenz der vier Klangkörper gefährden. Seine Parlamentskollegen wollten die Mittel um eine Million Euro kürzen, und das, wo in diesem Jahr gerade erst eine Aufstockung der Mittel aller Gesellschafter erreicht werden konnte. Dies konnten wir im Haushaltsausschuss zwar noch mit vereinten Kräften abwenden. Aber eine Zerschlagung der vier Klangkörper muss verhindert werden. Und Staatsminister Neumann bleibt aufgefordert, mit den Beteiligten ein zukunftsfähiges Konzept zu entwickeln. Die Unterstützung der SPD ist ihm dabei sicher. **Petra Merkel** ❑

Berliner Stimme
Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin
Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin
Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60,E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)
Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Wohnungspolitik:

Der Weg zur Wohlfühl-Stadt

Marc Schulte im BS-Interview über die „Mieterstadt Berlin“

Die AG „Mieterstadt Berlin“ des SPD-Landesvorstands hat ihren Antragsentwurf für den Landesparteitag vorgelegt. Im BS-Interview erläutert ihr Leiter, der stellvertretende Landesvorsitzende Marc Schulte, Ziele und Absichten des Konzepts.

Berliner Stimme: „Mieterstadt Berlin“ – das ist ein Schwerpunktthema auf dem kommenden Landesparteitag. Im Antragsentwurf geht es aber um viel mehr: um Stadtentwicklung, steigende Energiepreise, Verkehr und Ökologie. Welcher Grundgedanke steckt dahinter?

Marc Schulte: Die Berliner SPD steht für die Idee der Solidarischen Stadt. Die bezahlbare Wohnraumversorgung in einem stabilen sozialen Umfeld zu erhalten muss daher Leitlinie sozialdemokratischer Stadtpolitik sein. Doch der Druck auf die Miethöhe ist stark gewachsen. Teilweise wird dieser Druck auch durch unser Handeln unmittelbar befördert, ohne dass es vielleicht beabsichtigt ist. Wenn jetzt zum Beispiel gefordert wird, dass die Pflichten beim Winterdienst verschärft werden müssen, hat das Auswirkungen auf die Nebenkosten, da die Winterdienstfirmen mehr verlangen werden als im letzten Winter. Deswegen ist es beim Thema Mieten wichtig, möglichst viele Politikfelder mitzudenken.

Berliner Stimme: Mit der Aufwertung von Stadtquartieren, die ja auch von der SPD befürwortet wird, steigt nicht nur die Attraktivität, sondern auch die Miete. In einigen Stadtteilen gibt es die Sorge, dass dieser Prozess zur Verdrängung von alteingesessenen Mietern führt. Teilen Sie diese Sorge und kann die SPD hier Auswege bieten?

Marc Schulte: Ja, diese Sorge ist nicht unberechtigt. Wir haben zwar durch den Mietspiegel ein gutes Instrument geschaffen, das hier die schlimmsten Auswüchse verhindert. Dennoch reizen viele Vermieterinnen und Vermieter ihre Möglichkeiten häufig bis zum letzten Cent aus und überspannen auch häufig den Bogen. Da bundespolitisch zu erwarten ist, dass das Mietrecht zu Lasten der Mieterinnen und Mieter verändert wird, wird sich hier der Druck verschärfen. Deswegen ist es umso wichtiger, dass die Wohnungsbaugesellschaften hier entgegen wirken und nicht die Spirale mit nach oben antreiben. Stadtteile aufzuwerten kann nach unserer Vorstellung nur dann gelingen, wenn dieser Prozess gemeinsam mit den Betroffenen stattfindet. Das Quartiermanagement ist hier das bekannteste Instrument, aber darüber hinaus müssen andere partizipative Modelle entwickelt werden.

Marc Schulte ist stellvertretender Landesvor-sitzender der Berliner SPD. Er leitete die Arbeits-gruppe des Landesvorstands, die den Antrag „Mieterstadt Berlin“ entwickelte. Foto: Horb

Berliner Stimme: Manche Sozialwohnung ist heute teurer als eine ungeförderte. Lässt sich dies wieder umkehren?

Marc Schulte: Da die Vermietungssituation in verschiedenen Bereichen der Stadt sehr unterschiedlich ist, ist diese Feststellung nicht ungewöhnlich. Deswegen ist es besonders zu bedauern, dass bundesrechtliche Instrumente - zu nennen ist etwa das Wirtschaftsstrafgesetz - bisher nur greifen, wenn insgesamt für Berlin eine angespannte Wohnungsmarktlage herrscht. Würde hier eine sozialräumlich bezogene Betrachtung genügen, wäre man einen erheblichen Schritt weiter, um gegen Mietwucher und ähnliches entschiedener vorgehen zu können.

Berliner Stimme: Neben den Mieten spielen die steigenden Betriebskosten eine wichtige Rolle. Kann die Belastung für die Mieter begrenzt werden?

Marc Schulte: Die Energiepreise werden mittel- und langfristig weiter steigen, daran führt kein Weg vorbei. Deswegen ist es entscheidend, dass ökologische Sanierungen und Modernisierungen auch durchgeführt werden, um die Gesamtbelastung für die Energiekosten möglichst begrenzen zu können. Diese Sanierungen rentieren sich aber zum Teil nur sehr langsam und werden ohne Nachweis des Effekts häufig auf die Mieterinnen und Mieter umgelegt. Hier müssen Instrumente geschaffen werden, dass die Mieterinnen und Mieter auch wirklich finanziell die Entlastung gegen gerechnet bekommen und eine Art Vorfinanzierung der Modernisierung erfolgt. Ist eine Modernisierung abgezahlt, muss auch die Modernisierungsumlage entfallen. So taucht im Antrag auch der Begriff ökologischer Mietspiegel auf. Ziel eines solchen Mietspiegel ist es, dass ein Vermieter, der nichts für seine Wohnung getan hat, gegenüber dem, der eine Menge zur Steigerung der Energieffizienz in seiner Wohnung unternommen hat, nur eine geringere Miete kassieren darf. Auch Energieberatung soll stärker stattfinden. Dadurch ist es auch passiert, dass die Begriffe abschaltbare Steckerleiste und Spülstopps bei Toiletten Eingang in einen Landesparteitagsantrag gefunden haben.

Berliner Stimme: Welche Rolle spielen kommunale Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften in Ihrem Konzept?

Marc Schulte: 6 % der Wohnungen gehören den kommunalen Wohnungsgesellschaften, 11 % den Genossenschaften, sie sind damit zentrale Impulsgeber in Fragen Miete. Weitere Privatisierungen sind für uns daher auch ausgeschlossen. Wohnungsgesellschaften sollten sich auch bei Neuvermietungen am Mietenspiegel orientieren müssen und hier die 20 % Grenze nicht überschreiten. Für die Genossenschaften eine Lanze zu brechen, ist ein wichtiges Ziel unseres Antrages. Angesichts der Immobilienpreise besteht derzeit eine gute Gelegenheit, die Bestände der Wohnungen aufzustocken. Eine Änderung bei der Vergabe der Grundstücke durch den Liegenschaftsfonds könnte solche Prozesse erleichtern, wenn auch wohnungspolitische Grundsätze eine Rolle spielen würden.

Berliner Stimme: Welche Forderungen richten Sie an die Bundesregierung?

Marc Schulte: Der Wunschkatalog ist lang, doch müssen die Erwartungen gedämpft werden: Die schwarz-gelbe Bundesregierung wird keine dieser Forderungen umsetzen - aus dem Bundeskanzleramt weht trotz Frühlingswetter ein eisiger Wind in Fragen Mieterpolitik. Weder wird es einen verbesserten Kündigungsschutz bei Eigentums- oder Umwandlungswechsel geben noch wird sich die Kappungsgrenze von 20% in drei Jahren auf 15 % in vier Jahren reduzieren lassen. Auch eine Änderung bei der Umlage der Modernisierungskosten wird es nicht geben. Mit landes- und bezirkspolitischen Mitteln werden wir dieser Entwicklung gegensteuern, denn Berlin ist Mieterstadt und soll es auch bleiben, gerade in seiner Vielfalt und Lebendigkeit. Eine Entwicklung wie in anderen Städten, wo sich ganze Viertel von ihrer Umgebung trennen („Gated Communities“), lehnen wir ab und werden wir auch bekämpfen. Berlin ist eine offene Stadt und soll es auch bleiben. **Fragen: U. Horb** ❑

Justizvollzug:

Zur Miete im Brandenburger Gefängnis?

Sven Kohlmeier: JVA-Neubau in Heidering bleibt vernünftigste Lösung

Der Brandenburger Justizminister Dr. Schöneburg (Linkspartei) machte einen einfach wie auch verständlich klingenden Vorschlag. Berliner Gefangene sollen in Brandenburg untergebracht werden, um die Überbelegung in Berliner Gefängnissen zu senken und auf den Neubau einer Justizvollzugsanstalt in Heidering zu verzichten. Klingt zunächst nach einem guten Vorschlag, stellt sich jedoch bei genauerem Hinsehen als eine Schnapsidee heraus, die auch gegen höchstrichterliche Urteile verstoßen würde. Denn der Vorstoß des Brandenburger Kollegen verkennt, dass die Gefangenen heimatnah zu ihrem sozialen Umfeld unterzubringen sind. Auch liegt bis heute kein prüfungsfähiger Vorschlag des Brandenburger Ministerkollegen vor.

Die Senatsjustizverwaltung bestätigt auf meine Anfrage (Kleine Anfrage DS16/14077), dass die Idee aus Brandenburg unausgegoren scheint. Viele Argumente der Berliner Justizverwaltung sprechen dafür, dass der Vorschlag aus Brandenburg nicht umsetzbar ist. So benötigt Berlin 650 dauerhafte Plätze für männliche Gefangene. Bereits jetzt sind in Tegel Gefangene in 258 Hafträume untergebracht, die nach Ansicht des Verfassungsgerichtshofes und des Kammergerichts Berlin unter gewissen Bedingungen als „menschenunwürdig" erachtet werden. Ein Teil der JVA Plötzensee mit 104 Haftplätzen muss perspektivisch geschlossen werden. Macht allein 362 dauerhaft benötigte neue Haftplätze. Nimmt man noch die regelmäßige Überbelegung in Berliner Gefängnissen hinzu (mit Stichtag 10.03. wird eine Belegung von 103 % im geschlossenen Männervollzug gemeldet) zeigt sich, dass Berlin dringend auf neue Haftplätze angewiesen ist - dies dürfte unstreitig sein.

Gefängnisneubau in Heidering

Zum Spatenstich für den Neubau von Heidering fanden sich am 8. Juli 2009 im märkischen Sand sowohl die „Berliner Politikgrößen", als auch Brandenburger Kommunalpolitiker, der Architekt und die Presse ein - ein Ereignis sehr zur Freude aller Beteiligter, hatte man sich doch langen Diskussionen über einen Neubau des Knastes innerhalb der Koalition ausgesetzt. Nicht zuletzt die Kosten von 118 Mio. Euro für den Neubau führten schon früher, aber auch jetzt zur Diskussion: Kann das Geld nicht besser für Schulen eingesetzt

Spatenstich mit Justizsenatorin Gisela von der Aue für die JVA Heidering. Foto: Kohlmeier

werden - wird teilweise auf den Fluren der SPD-Fraktion hinter vorgehaltener Hand geflüstert. „Kann es nicht!" - halte ich entschieden dagegen.

Eine kleine Berechnung hilft weiter: Ein Haftplatz in Brandenburg kosten zwischen 75 - 125 EUR pro Tag. Diese Zahlen sind bekannt aus den Tageshaftkosten des Landes Brandenburg und Zahlungen von Berlin für die Unterbringung jugendlicher Gefangener in Wriezen/Brandenburg. Die Unterbringung eines (!) Gefangenen in Brandenburg kostet jährlich zwischen 27.375 EUR und 45.625 EUR. Multipliziert mit der benötigten Platzanzahl von 650 dauerhaften Plätzen ergibt sich eine jährliche Miete für Zellen in Brandenburg von 17.793.750 EUR und 29.657.550 EUR. Für eine 10-jährige Unterbringung würde Berlin zwischen 178 Mio bis 296 Mio EUR zahlen. Dafür lässt sich Heidering 1 1/2 bis 2 mal bauen. Unter dem Titel „Geschwisterstreit bei der Linkspartei" (TAZ vom 15.03.2010) wird die Brandenburger Linkspartei-Fraktionsvorsitzende mit den Worten zitiert, dass der Vorschlag „ökonomisch sinnvoll" sei. Aus allein Brandenburger Sicht ist dem zuzustimmen...

Rechtlich dürfte eine Unterbringung von Berliner Gefangenen im märkischen Nachbarland ohnedies schwierig sein. So hat das Kammergericht Berlin in einem Beschluss festgehalten (Az. 2 Ws 588/07 Vollz.), dass Berliner Gefangene in der Nähe ihres sozialen Umfeldes, jedenfalls innerhalb des Speckgürtels, untergebracht werden sollen. Mittlerweile gibt es eine weitere Entscheidung des Kammergerichts und mehrere Entscheidungen der Strafvollstreckungskammern des Landgerichts, die diese Rechtsprechung gefestigt haben. Gegen ihren Willen dürfen Berliner Gefangene nur nach Brandenburg verlegt werden, wenn dort bessere Behandlungsmöglichkeiten bestehen. Dass sich der Jurist Dr. Schöneburg dieser Rechtsprechung entzieht, verwundert, dürfte aber ausschließlich „politisch motivierte" Gründe haben. Herr Schöneburg möchte seine zu viel und zu groß geplanten Brandenburger Knäste mit Berliner Gefangenen „auffüllen".

Die Berliner Justizsenatorin hat dem Brandenburger Kollegen einen 4-seitigen Brief geschrieben, der dem Autor vorliegt. Darin formuliert Gisela von der Aue nicht nur ihre Gesprächsbereitschaft über den Brandenburger Vorschlag, wenn dieser näher qualifiziert würde - was bisher nicht passiert ist und bei der Bewertung des politischen Stils nicht zur summa-cum-laude-Auszeichung für Schöneburg gereichen dürfte. Von der Aue übermittelt auch die Anforderungen an einen modernen Strafvollzug aus Berliner Sicht, damit das Brandenburger Justizministerium einen qualifizierten Vorschlag machen kann.

Warum kauft Berlin kein Brandenburger Gefängnis?

In dem Schreiben nicht ausdrücklich angesprochen ist eine weitere Möglichkeit, die ich als rhetorische Frage in den Raum stellen möchte: Warum kauft Berlin nicht ein Brandenburger Gefängnis und betreibt dies selbst? Die neugebaute JVA in Luckau-Duben ist (nach der o.g. Rechtsprechung) zu weit entfernt. Aber könnten nicht die für Berlin näher liegenden JVAen Brandenburg an der Havel oder Neuruppin-Wulkow potentielle Kaufobjekte sein?

Die JVA Brandenburg/Havel ist Anfang des letzten Jahrhunderts erbaut worden und zählt zu den alten Vollzugsanstalten. Sie wird derzeit für rund 134 Mio € saniert. Für die Sanierung dieser Anstalt wird deutlich mehr Geld ausgegeben als für den Neubau in Heidering - ohne dass dabei die Bedingungen für die Unterbringung von Inhaftierten mit zeitgemäßen Arbeits- und Schulplätzen vorhanden, sind wie sie in Heidering realisiert werden. Falls das überhaupt in Brandenburg/Havel realisiert werden könnte, müssten noch erhebliche Investitionen getätigt werden.

Ähnliches gilt für Neuruppin-Wulkow. Diese Anstalt ist für den Berliner Bedarf zu klein, es stehen höchstens 300 Haftplätze zur Verfügung. Hier wären ebenfalls noch erhebliche Investitionen erforderlich, um sowohl die Unterbringung als auch die Beschäftigung im geplanten Umfang umsetzen zu können. Aber auch dort hätten wir

Fortsetzung von Seite 5

keine Anstalt aus einem Guss, keine Anstalt der kurzen Wege, die bei guten Haftbedingungen trotzdem einen sparsamen Personaleinsatz ermöglicht.

Letztlich entsprechen diese beiden JVAen nicht den Kriterien des Kammergerichts für eine wohnortnahe Unterbringung von Gefangenen. Eine freiwillige Unterbringung von Gefangenen in Brandenburg auf deren eigenen Wunsch könnte von diesen jederzeit widerrufen werden. Bei 650 Gefangenen ist das keine Grundlage, auf der ein Strafvollzug organisiert werden kann. Schlimmstenfalls könnten Haftplätze angemietet sein und in erheblichem Umfang nicht belegt werden - ein nicht tragbares haushaltsrechtliches Risiko, ein Schildbürgerstreich. Auch den Kauf eines Sanierungsobjekts kann ich nicht empfehlen.

Nur eine Lösung der Brandenburger probleme

Knastkauf oder Knastmiete als Lösung aller Strafvollzugsprobleme? Vielleicht auf den ersten Blick: Brandenburg könnte sein Problem des Überangebotes an Haftplätzen lösen, Berlin würde benötigte Haftplätze erhalten. Und die Berliner Rechtspolitik könnte sich nebenbei als Makler und Bauexperte betätigen - natürlich nur, wenn der Brandenburger Justizminister Volkmar Schöneburg seine Idee ernsthaft weiterverfolgen will und ein Angebot abgibt. „Schöneburg prüfen Sie endlich !“ möchte man rufen, wohlwissend, dass der Vorschlag auf den zweiten Blick im Potsdamer Sand verlaufen wird.

Und da Verlaufen im Potsdamer Sand ebenso wenig wie die Übernahme einer sanierungsbedürftigen oder weit entfernten Anstalt Berlins Haftraumprobleme löst, kann nur gelten: Heidering muss wie geplant und vom Berliner Parlament beschlossen gebaut werden. Alles andere wirft nur Sand ins Getriebe.

Sven Kohlmeier ❑

Sven Kohlmeier ist Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und zuständig für den Strafvollzug
Weitere Informationen zum Thema Heidering unter: http://www.sven-kohlmeier.de/index.php?s=heidering

Stadtpolitik:

„Dahin, wo es brennt“

Klaus Wowereit startet seine Bezirksbesuche in Mitte

Wie wird die Schulstrukturreform in Mitte umgesetzt? Welche Probleme drücken die Menschen am Weddinger Leopoldplatz? Funktioniert die Drogenprävention? Welche Arbeit leistet der Nachbarschaftsladen? Werden die Integrationsangebote wahrgenommen? Fragen, die der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit jetzt bei einem Bezirksbesuch in Mitte ansprach.

Der Rundgang in Mitte war Auftakt einer Reihe von Besuchen, die Klaus Wowereit durch alle zwölf Bezirke führen. An der Hedwig-Dohm-Oberschule, einer zukünftigen Sekundarschule, sprach der Regierende Bürgermeister mit Schülerinnen und Schülern, am Leopoldplatz traf er Anwohner und nutzte die Gelegenheit zum Gedankenaustausch mit dort ansässigen Unternehmerinnen und Unternehmern. Im Türkisch-Deutschen Zentrum in der Müllerstraße fand ein Arbeitsessen statt. Danach informierte sich Wowereit über die Integrationsangebote, die von Volkshochschulen und Vereinen angeboten sowie über das bürgerschaftliche Engagement von Quartiersräten. Begleitet wurde der Regierende Bürgermeister von Mittes Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke.

Klaus Wowereit beim Rundgang in Mitte.
Foto: Volker A. Gaeng

„Wir wollen uns nicht nur die schönen Seiten ansehen, wir wollen dahin, wo es brennt“, so Klaus Wowereit. Aber natürlich gehe es auch darum, die Chancen zu erkennen, die durch die bezirkliche Arbeit entstehen. **BS** ❑

Berlin - Usedom in 2 Stunden

Initiative wirbt am 9. April auf dem Potsdamer Platz

Für die Wiederherstellung der alten Eisenbahnverbindung Berlin-Swinemünde/Heringsdorf (siehe BS 2-2010 vom 30. Januar) wird jetzt auch in Berlin öffentlichkeitswirksam geworben.

Am 9. April bildet sich in Berlin eine verbands- und parteiübergreifende „Arbeitsgemeinschaft Wiederaufbau der Eisenbahnstrecke Berlin-Ducherow-Swinemünde“. Ihr Ziel: Die Fahrtzeit zwischen Berlin und Usedom auf zwei Stunden zu reduzieren und die Verbindung nach Polen zu verbessern. Unterstützt wird das Projekt von der Usedomer SPD ebenso wie vom Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit. Mit einer Aktion auf dem Potsdamer Platz wirbt die Initiative am 9. April ab 14 Uhr für ihre Ziele. Zu sehen ist dabei auch ein originales Fahrrad der Baureihe Cleveland Ohio von 1897. Ein Fahrrad dieses Typs nutzte der Maler Lyonel Feininger, der zwischen 1908 und 1912 viele Male mit der Bahn von Berlin über die Karniner Brücke nach Usedom fuhr, für seine Inseltouren. **BS** ❑

Stadtentwicklung:

Konzentrierte Förderung im „Aktionsraum plus“

Mit einer besonderen Förderstrategie will der Berliner Senat die Entwicklung in Kreuzberg-Nordost, Neukölln-Nord, Wedding/Moabit, Spandau-Mitte und Nord-Marzahn/ Nord-Hellersdorf unterstützen. Diese fünf Stadtquartiere weisen im Vergleich zu anderen Berliner Gebieten einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Arbeitslosen auf. Die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen sind weit unter Durchschnitt. Zwanzig Millionen Euro stehen dafür zusätzlich zur Verfügung.

Die fünf Bereiche sollen als „Aktionsräume plus“ definiert werden, um Fördermittel zu bündeln, Synergien zu schaffen und die Effizienz der Mittel zu erhöhen. Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer: „Es geht darum, den sozialen Zusammenhalt Berlins zu bewahren. Deshalb werden wir in den benachteiligten Stadtteilen, in denen rund ein Viertel der Berliner Bevölkerung lebt, besondere Anstrengungen unternehmen, um die Situation zu verbessern und Chancengerechtigkeit für die Bewohnerinnen und Bewohner herzustellen. Priorität hat das Thema Bildung, damit insbesondere junge Menschen neue Perspektiven erhalten.“

Unter dem neuen Dach der „Aktionsräume plus“ sollen die Akteure vor Ort noch besser als bisher bei ihrer Arbeit unterstützt und die Wirksamkeit der eingesetzten Mittel erhöht werden, so die Senatorin. Dabei gehe es darum, nicht in den engen Grenzen von Projekten zu denken, sondern den gesamten Aktionsraum zu betrachten. Mit den Bezirken soll eine enge Zusammenarbeit abgestimmt werden und der Einsatz von Beratungsangeboten wie den „Stadtteilmüttern“ oder einer „Agentur für Schule und Wirtschaft“, die Jugendliche bei der Ausbildungsplatzsuche berät. **BS** ❑

Parteiwahlen:

Ergebnisse (3)...

So wählten Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften

In dieser und den kommenden Ausgaben informiert die BERLINER STIMME über die Ergebnisse der Parteiwahlen, die uns mitgeteilt werden.

■ **Charlottenburg-Wilmersdorf.** Die **ASF** in Charlottenburg - Wilmersdorf hat Barbara Scheffer Vorsitzende wiedergewählt. Stellvertreterinnen sind Katrin Hagemann, Gerhild Pinkvoss-Müller und Stephanie Pruschansky. Margret Becker ist Schriftführerin. Aus den bisherigen **Abteilunge 92 und 93 ist die Abteilung 98** geworden. Ihr erster Vorstand wird vom Vorsitzenden Frank-Axel Dietrich geleitet. Stellvertreter(innen) sind Daniel Cammann, Christian Saalfrank und Brigitte Hoffmann, Schriftführerin Monica Schümer-Strucksberg, Kassierer Matthias Linnekugel.

■ **Friedrichshain-Kreuzberg.** Bei den diesjährigen Abteilungswahlen der **SPD Kreuzberg 61** wurde als Vorsitzender Harald Georgii gewählt. Stellvertretende Vorsitzende sind Hediye Erdem, Cansel Kiziltepe und Angelika Müller, Kassierer Burkhard Hawemann und Schriftführer: Alexander Tokhi. Bei der Jahreshauptversammlung der **Abteilung Südstern** wählten die Mitglieder die 25-jährige Anja Möbus zur Vorsitzenden. Sie löst Martina Hartleib ab, die nicht mehr kandidiert hatte. Zu ihren Stellvertreter/innen wurden Andrea Bührmann, Nicole Groß und Kai Doering gewählt. Schriftführer wurde Ibrahim Gülnar, Kassierer bleibt Wolfgang Brünjes. Auf der Jahreshauptversammlung am 9.2.2010 hat die **Abteilung 15 - Weberwiese** einen neuen Vorstand gewählt. Vorsitzende ist Dr. Susanne Kitschun, stellvertretende Vorsitzende sind Alexandra Kast, Martin Frost, Adrian Bohn, Schriftführerin Nadja Welz und Kassierer Matthias Jäkle.

■ **Lichtenberg.** Erik Gührs ist Vorsitzender der **Abteilung 1**, stellvertretende Vorsitzende sind Max Krieger und Claudia Wiebusch. Dennis Räther ist Kassierer, Dennis Giese Schriftführer. Die **Abteilung 2** wählte Rainer Wiebusch zum Vorsitzenden, Sandy Kliemann und Fritz Wolff zu stellvertretenden Vorsitzenden, Marianne Müller zur Kassiererin und Dirk Liebe zum Schriftführer. Reimund Peter ist Vorsitzender der **Abteilung 3,** stellvertretende Vorsitzende sind Blashka Brechel, Daniel Thiele und Nils Wilde. Horst Michael ist Kassierer, Mathias Schliebe Schriftführer. In der **Abteilung 4** wurde Birgit Monteiro als Vorsitzende gewählt, Kurt Hemmerlein ist Stellvertreter, Christian Paulus Kassierer und Christoph Rabitzsch Schriftführer. Ole Kreins wurde zum Vorsitzenden der Abteilung 5 gewählt, Stefan Angermüller und Jutta Feige sind

Wahlversammlung in der Abteilung Rosenthaler Vorstadt.

stellvertretende Vorsitzende, Andreas Büchner ist Kassierer und Kevin Hönicke Schriftführer. Vorsitzender der **Abteilung 6** ist Gregor Költzsch, seine Stellvertreterinnen sind Marianne Nedwed und Kathrin Söhnel. Kassierer wurde Lothar Buschbeck, Sebastian Uhlig ist Schriftführer.

■ **Mitte.** Nach zehn Jahren engagiertem und erfolgreichem Wirken als Vorsitzender der **Abteilung 1 Rosenthaler Vorstadt** hat Uli Davids - 51 Jahre, Sozialpädagoge - nicht wieder für den Vorsitz kandidiert. In seiner Zeit als Vorsitzender seit dem Jahr 2000 wuchs die Abteilung von anfangs 80 Mitgliedern auf heute rund 330 - auch dank des Regierungsumzugs, aber eben nicht nur. Die Abteilung dankte ihm für die engagierte Arbeit. Neuer Vorsitzender ist Kai Mühlstädt. Astrid Hollman, Peter Fäßler und Martina Wegmann sind stellvertretende Abteilungsvorsitzende, Rüdiger Schubert ist Schriftführer, Gundula Lütgert Kassiererin.

■ **Tempelhof-Schöneberg.** Die **AsF Tempelhof-Schöneberg** hat ihre Vorsitzende Manuela Harling wiedergewählt. Stellvertreterinnen sind Karin Dehn, Marijke Höppner und Gisela Pravda, Schriftführerin ist Janis Handtke

■ **Treptow-Köpenick.** In der **Abteilung 3 Rahnsdorf** wurde die Bezirksverordnete und bisherige Schriftführerin Karin Zehrer als Vorsitzende gewählt. Die bisherige Vorsitzende Karin Arndt trat nicht mehr an und wurde stellv. Vorsitzende, zusammen mit der Abgeordneten Renate Harant. Die langjährige Kassiererin Eva Duda wurde wiedergewählt. Neue Schriftführerin wurde Daniela Ruhe. Bei der **Abteilung 5 Treptow-Köpenic**k Süd gab es keinen Wechsel. Jürgen Barsch bleibt Vorsitzender, seine Stellvertreter sind die Bezirksverordnete Regina Klinger und der Abgeordnete Robert Schaddach. Kassierer wurde wieder Helmut Kroschel und Margret Radebold wurde als Schriftführerin wiedergewählt. Bei der **Abteilung 8 Johannisthal / Niederschöneweide** wurde der geschäftsführende Vorstand wiedergewählt. Der Abgeordnete Karlheinz Nolte bleibt Vorsitzender, seine Stellvertreter sind Irina Vogt und Peter-Jürgen Last. Horst Haffner bleibt Kassierer und Bärbel Wurzbacher Schriftführerin. Bei der **Abteilung 9 Baumschulenweg** wurde der Abgeordnete Andy Jauch als Vorsitzender wieder gewählt. Seine Stellvertreter sind Romana Seth (ehemals Miftari) und Kevin van Mörbeck. Als Kassierer wurde Winfried van Mörbeck in seinem Amt bestätigt und Johanna Broschmann bleibt Schriftführerin. Bei der **Abteilung 10 Alt-Treptow/Plänterwald** gibt es fast einen komplett neuen geschäftsführenden Vorstand. Für die Kandidatur des Vorsitzenden zwei Kandidaten, der bisherige Vorsitzende André Rostalski und der bisherige Beisitzer und Bezirksverordnete Alexander Freier. Bei nur einer Stimme Vorsprung wurde Alexander Freier als neuer Vorsitzender gewählt. Seine Stellverteter sind Katharina Stillisch, Björn Stecher und Martin Magdziak. Als Kassierer wurde Sven Wierskalla gewählt. Schriftführerin wurde Josephine Schulz. In der **Abteilung 11 Oberschöneweide** gab es ebenfalls eine Kampfkandidatur um den Vorsitz. Kai Gudra wurde mit nur einer Stimme mehr gegenüber Rainer Geyer als Vorsitzender gewählt. Rainer Geyer neuer Stellvertreter und als Schriftführer wurde neu Steven Plocke gewählt. Steffen Sambill bleibt Kassierer. Bei der **Abteilung 13 Adlershof** gab es auch zwei Kandidaten für den Vorsitz, den bisherigen Vorsitzenden und Bezirksverordneten Lars Düsterhöft und den bisherigen Vorsitzenden in der Abt. 11 Glenn Feger, wohnhaft in Adlershof. Mit nur einer Stimme Vorsprung wurde Glenn Feger als neuer Vorsitzender gewählt. Seine Stellvertreter wurden Waltraud Düber, Lars Düsterhöft und bisherige Schriftführer Robert Willemelis. Jörg Stollberg wurde als Kassierer wiedergewählt und neuer Schriftführer wurde Martin Teichmann. Bei der **Abteilung 14 Allende / Wendenschloß** bleibt der Bezirksverordnete Vincent Paul der Vorsitzende, seine Stellvertreter bleiben Helmut Pallas und der Schulstadtrat Dirk Retzlaff. Mike Vollmuth bleibt Kassierer und neue Schriftführerin wurde die Bezirksverordnete Jutta Portée. Bei den **Jusos** wurde Lars Düsterhöft als Vorsitzender wiedergewählt. Seine Stellverteter wurden Nadja Nicodemus, Josephine Schulz, Paul Bahlmann und Martin Magdziak. Bei der **AGS,** den Selbständigen, trat der bisherige Vorsitzende Stefan Harant nicht noch einmal an. Neuer Vorsitzender wurde Jörg Stepke. Als Stellvertreter wurden Stefan Harant, Ralf Thies und Andy Jauch gewählt. Bei der **AG Migration** bleibt Robert Schaddach Vorsitzender. Seine Stellvertreterin wurde Romana Seth und Ellen Haußdörfer wurde als Schriftführerin gewählt. **BS** ❑

wird fortgesetzt

Südstern picobello

SPD startete Frühjahrsputz auf Spielplätzen

Zum Frühlingsanfang ist die SPD Südstern mit einer neuen Aktion in Kreuzberg unterwegs. Unter dem Titel „Südstern picobello“ säubern die Genossen Spielplätze vom Winterschmutz. Am Samstag startete der Kiez-Frühjahrsputz.

Sie ließen sich auch von strömendem Regen nicht aufhalten. Pünktlich zum Frühlingsanfang am 20. März nahmen die Mitglieder der Abteilung am Südstern Besen, Schaufeln und Eimer in die Hand und rückten aus zum Kiez-Frühjahrsputz. Ziel war der Kinderspielplatz in der Mittenwalder Straße, auf dem der lange Winter seine Spuren hinterlassen hatte. Doch nach einer Stunde Müll sammeln, Spielgeräte abseifen und Sand harken erstrahlte der Spielplatz wieder in voller Schönheit.

„Wir wollen unseren Kiez schöner machen und uns gemeinsam für ein kinderfreundliches Kreuzberg einsetzen“, erklärt Nicole Groß die Idee. Die stellvertretende Vorsitzende der 45. Abteilung hatte auch die Idee für den Namen der Aktion: „Südstern picobello“.Dem Auftakt am 20. März, an dem sicht neben sieben Abteilungsmitgliedern auch der stellvertretende Bezirkbürgermeister Peter Beckers beteiligte, sollen noch weitere Frühjahrsputze folgen. „Am 10. April ist der Spielplatz in der Grimmstraße an der Reihe“, verrät Nicole Groß.

Saubere Aktion: Die SPD Südstern. Foto: Doering

Kai Doering ❑

Parteiordnungsverfahren:

Schwieriges Menschenbild

Erklärung der AG Migration zu Sarrazins Äußerungen

Die Landesschiedskommission der Berliner SPD hat das Urteil der Vorinstanz bestätigt: Thilo Sarrazin kann trotz seiner umstrittenen Äußerungen in der SPD bleiben. Die Vorsitzende der AG Migration Ülker Radziwill kritisierte die Entscheidung. Die Berliner Stimme dokumentiert die Erklärung.

Die AG Migration der Berliner SPD rügt Dr. Sarrazin aufs Schärfste wegen seiner menschenverachtenden Äußerungen. „Sein Menschenbild passt nicht in ein modernes Menschenbild der Sozialdemokratie! Viele Migrantinnen und Migranten in Berlin fühlen sich durch die Äußerungen Dr. Sarrazins persönlich angegriffen und sind von der Entscheidung der Landesschiedskommission enttäuscht.

Die Schiedskommission widerspricht mit ihrer Einschätzung, die Aussagen Dr. Sarrazins als nicht rassistisch einzustufen, nicht nur dem Gutachten des Politologen und Rassismusforschers Dr. phil. Gideon Botsch und der Auffassung des Politologen Prof. Dr. Hajo Funke, sondern auch den gängigen Definitionen von Rassismus. Die Entscheidung der Landesschiedskommission, die Äußerungen Dr. Sarrazins als nicht rassistisch einzustufen, ist für uns daher nicht nachvollziehbar.

Die Schiedskommission attestiert Dr. Sarrazin sogar, dass er mit seinen „geglückten Provokationen“ notwendigen Schwung in die Debatte um die Integrationspolitik gebracht hat. Dieser Formulierung muss die AG Migration der Berliner SPD aufs Schärfste widersprechen. Er hantiert insbesondere in seinem Interview im „Lettre International“ in einer verantwortungslosen Art mit frei erfundenen Zahlen und populistischen Behauptungen. Die wenigen Probleme, die er korrekt benennt, sind hingegen seit langem integraler Bestandteil bei der Entwicklung von Lösungsstrategien in der Berliner Integrationspolitik. Er hat somit auch keinen Schwung in die Integrationsdebatte gebracht.

Allerdings hat Dr. Sarrazin mit seinen öffentlichen Auslegungen Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund und sozial schwache Berlinerinnen und Berliner beleidigt. Seine Aussagen haben in keinem Fall eine sachliche Ebene, sondern ausschließlich eine neue sprachliche Qualität in der Diffamierung einzelner Gesellschaftsschichten. Migrantinnen und Migranten werden sich trotzdem nicht von der Sozialdemokratie abwenden. Es ist nun an der gesamten SPD zu vermitteln, dass die Äußerungen und Standpunkte Dr. Sarrazins nicht die Mehrheit der Sozialdemokratie widerspiegelt und seine Haltung weder Teil unseres solidarischen Gesellschaftsbildes, noch unseres politischen Handelns ist. Gemeinsam setzen wir uns dafür ein, dass die Sozialdemokratie die politische Heimat von Migrantinnen und Migranten bleibt.

PM❑

Fraktion intern

Smiley endlich für die ganze Stadt. Die Berliner Bezirke und die Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz haben sich auf eine berlinweit einheitliche Einführung des so genannten Smiley-Systems für hygienisch einwandfreie Betriebe geeinigt.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion für Verbraucherschutz, Birgit Monteiro, betont: „Auf diese Einigung haben die Berliner Verbraucherinnen und Verbraucher lange gewartet. Einheitliche Kontrollen, schnelle Veröffentlichung und zeitnahe Mängelbeseitigung, das ist das, was die Bürgerinnen und Bürger zu Recht erwarten.“

Profitieren werden von der Einführung des Gütesiegels alle - nicht nur die Kundinnen und Kunden von Restaurants, Supermärkten, sondern auch die Lebensmittelbetriebe selbst. Die übergroße Mehrheit dieser Betriebe arbeitet bereits nach hohen Qualitätsstandards und kann dies nun mit dem Smiley öffentlichkeitswirksam vermitteln. Bereits Ende Mai 2007 hatte die rot-rote Koalition einen Prüfantrag ins Parlament eingebracht und mit diesem erste Modellprojekte nach dem Beispiel des dänischen Smiley-Systems angeregt.

Nach den Erfahrungen mit den „Ekellisten“ in Pankow und dem Modellversuch „Berliner Bär“ in Marzahn-Hellersdorf haben nun alle Berliner Bezirke verabredet, zukünftig einheitlich zu kontrollieren und die Ergebnisse in den Eingangsbereichen der Betriebe und im Internet zu veröffentlichen.

Keine Kriminalisierung von Fußballfans. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Christian Gaebler, und der sportpolitische Sprecher Markus Pauzenberger sagen zu den Vorfällen beim Hertha-Spiel im Olympiastadion: „Gewalttätigen Fans innerhalb und außerhalb der Stadien muss entschieden entgegengetreten werden.“

Alle Fußballfans sollen ungefährdet das Stadion besuchen können. Die aktuellen Vorfälle dürfen allerdings nicht zu einer Kriminalisierung der Fanszene und zu einer neuen Sicherheitshysterie führen. Fußballfans sind keine Verbrecher. Das bisher verfolgte Konzept von Hertha BSC, Polizei und DFB mit einer Mischung aus Prävention, Präsenz und gezielten Zugriffen hat sich bewährt und kann, wo nötig, ergänzt werden.

Neuer Sportbrief der SPD-Fraktion. Die Sportexpertinnen und -experten der SPD-Fraktion haben einen Sportbrief herausgegeben. Er kann bei der Pressestelle als PDF angefordert werden unter der Mailadresse: spd.pressestelle@spd.parlament-berlin.de

cs ❑

Galerie im KSH:

Finissage

Mit einer Finissage endet am heutigen Sonnabend die Ausstellung „Berlin-Istanbul - Lebendige Nachbarschaft". Gezeigt wurden 14 Arbeiten internationaler bildender und darstellenden Kunst, Ergebnisse der künstlerischen Zusammenarbeit zwischen Istanbuler und Berliner Künstlerinnen und Künstlern, die sich im Rahmen des Austauschprojektes „Amongst Neighbours" 2009 kennenlernten und sich miteinander in Dialog begaben.

Zur Finissage bietet Pablo Hermann eine „Media Guerilla"- Performance: Intervention, Fotografie im Spannungsfeld zwischen Kunst und Politik. In seinem „Büro für angewandten poetischen Terrorismus" untersucht Pablo Hermann performativ die Grenzen zwischen Kunst und friedlichem Widerstand. ❑

➠ Sonnabend, d. 27. März, 19:00 Uhr, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin.

Friedensinitiative:

Aufruf zum Abzug

Gut vierzig Berlinerinnen und Berliner folgten am vergangenen Sonnabend einem Aufruf der Initiative „GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen sagen Nein zum Krieg" und verteilten vor dem Brandenburger Tor einen Appell, in dem sie den Abzug der deutschen Soldaten aus Afghanistan forderten.

„Es gab sehr viele positive Reaktionen von Bürgerinnen und Bürgern, auch von vielen Touristen, mit denen iwr ins Gespräch kamen", sagt Mit-Initiator Jürgen Müller. Der Aufruf wendet sich auch gegen die geplante Aufstockung des deutschen Kontingents in Afghanistan. ❑

Neukölln:

Afa wieder aktiv

Seit dem 18. März gibt es die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) im Berliner Kreis Neukölln mit derzeit ca. 30 Mitgliedern.

Vorsitzender ist Horst Kühn, stellvertretende Vorsitzende sind Katharina Hartmann und Axel Haese, Schriftführerin ist Katrin Haese. Die erste Mitgliederversammlung findet am 01.04.2010 um 18:00 Uhr im Neuköllner Kreisbüro statt. Gäste sind herzlich willkommen. ❑

➠ Kontakt: Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD Neukölln Sonnenallee 124, 12045 Berlin, Horst Kühn Mail: HorstKuehn@Kabelmail.de

Geichstellung:

Ein Vierteljahr Rückstand

Mechthild Rawert: Die Lohnlücke schließen

Die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen in Deutschland ist ein Skandal, der endlich beseitigt werden muss. Rund 23 % weniger Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit erhalten Frauen bei uns im Durchschnitt. Damit liegen wir auf dem drittletzten Platz der Europäischen Statistik zum „Gender Pay Gap" - nur Tschechien und Österreich liegen bei der geschlechtervergleichenden Lohnlücke noch hinter uns. Da dieser Zustand gegen geltendes Recht in Deutschland und Europa verstößt, läuft bereits ein Verfahren der EU-Kommission gegen Deutschland.

Setzt sich für gleiche Bezahlung bei gleicher und gleichwertiger Arbeit ein: Mechthild Rawert.

Wir SozialdemokratInnen wollen diese Gerechtigkeitslücke durch gesetzliche Regelungen und durch einen neuen politisch-rechtlichen Rahmen für mehr Geschlechtergerechtigkeit schaffen. Wir brauchen in Deutschland ein Entgeltgleichheitsgesetz, das die Prüfung, die Berichterstattung und die Beseitigung von Entgeltdiskriminierung verbindlich macht. Am 17.03. ließen sich die Mitglieder der AG Gleichstellung der SPD-Bundestagsfraktion daher den „Entgeltgleichheits-Check" (eg-Check) von Frau Dr. Kristina Klenner (Hans-Böckler-Stiftung) und Frau Dr. Karin Tondorf (Deutschen Juristinnenverband) erläutern. Mit diesem Verfahren sollen nicht nur Arbeitgeber, sondern auch Betriebs- und Personalräte, Gleichstellungsbeauftragte, Betroffene und Arbeitsgerichte ein zuverlässiges Instrument an die Hand bekommen, um Lohndiskriminierung im Betrieb zu erkennen, zu messen und auch zu sanktionieren.

Das Verfahren eg-Check wurde entwickelt, weil das vom Bundesfrauenministerium favorisierte Programm Logib-D, ein aus der Schweiz stammendes Prüfverfahren, nur unzureichend auf die deutschen Rechtsgrundlagen anzuwenden ist. Darüber hinaus fußt Logib-D auf der sogenannten Humankapitaltheorie, die wesentliche Elemente der verdeckten Geschlechterdiskriminierung nicht erfasst. So werden nicht „gleiche und gleichwertige Arbeit" und „Entgelt" miteinander in Bezug gesetzt, sondern lediglich die „gleiche Ausstattung des persönlichen Humankapitals" wie Ausbildung, Erwerbsjahre und Betriebszugehörigkeitsdauer. Das ist falsch, denn ArbeitnehmerInnen werden nicht für ihre Ausbildung, sondern für ihre tatsächlich ausgeübte Tätigkeit bezahlt. Das Bundesfamilienministerium wird deshalb mit ihrer Einführung des unverbindlichen Prüfverfahrens nach Logib-D seiner Pflicht nicht gerecht, Ungleichheit zu bekämpfen und geschlechtliche Benachteiligungen auszuräumen. Aus dieser Einsicht folgt die Forderung nach einem Verfahren, das den Unternehmen und Betriebsräten wirklich brauchbare Informationen zur Aufdeckung von Geschlechterdiskriminierung zu liefern. Dies liefert eg-Check sehr viel besser als Logib-D.

Klar ist aber auch, dass eine unverbindliche Testung der betriebseigenen (Un)Gerechtigkeit nicht ausreicht, um die im Grundgesetz verankerte Geschlechtergerechtigkeit endlich umzusetzen. Merkels Empfehlung an alle Frauen, die sich zu schlecht bezahlt fühlen, doch ein vertrauensvolles Gespräch mit ihrem Chef zu führen, ist geradezu zynisch angesichts der in Deutschland üblichen Lohnpolitik.

Frauen bekommen nicht nur weniger Geld für dieselbe Arbeit, sie bekommen vor allem auch weniger Geld für gleichwertige Arbeit. Um diese Gleichwertigkeit festzustellen, bietet eg-Check einen umfangreichen Auswertungskatalog an, der die Hauptmerkmale einer Arbeitsbewertung sinnvoll ausdifferenziert und damit zu klaren Ergebnissen kommt.

Um Entgeltdiskriminierung zu beseitigen, brauchen wir ein gesetzlich verankertes Gesamtkonzept: Hierzu gehören neben einem Entgeltgleichheitsgesetz ein wirksames und rechtlich verbindliches Prüfverfahren für Unternehmen, um versteckte Lohndiskriminierung feststellen zu können. Das jetzt vorgestellte neue Verfahren könnte eine gute Grundlage für dieses rechtsverbindliche Prüfverfahren sein.

Freiwillige Maßnahmen bringen uns bei der Durchsetzung von Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern nicht weiter. Ich kämpfe daher für die Etablierung eines diskriminierungsfreien Prüfverfahrens zusammen mit einem wirksamen Entgeltgleichheitsgesetz.

Mechthild Rawert ❑

➠ Weitere Informationen zum Equal-Pay-Day: www.karin-tondorf.de, www.landesfrauenrat-berlin.de, www.asf.spd.de

Finanzen:

Wer kauft die Daseinsvorsorge?

Dr. Hans Willi Weinzen: Kommunalisieren mittels Investitionsbank

In der laufenden Debatte um den Ausbau des öffentlichen Sektors in Berlin, insbesondere zugunsten der Daseinsvorsorge, bleibt zu oft die Frage offen, wie das bezahlt werden soll. Dabei gibt es mehr als eine Antwort. Von der Linkspartei hört man noch gar nichts dazu. Bei den Grünen hört man auf beharrliches Nachfragen immerhin irgendwann das Wort Genossenschaft. Ob so beispielsweise für den Kauf eines Anteils an der GASAG die notwendigen Mittel in der gegebenen Zeit aufzutreiben sind, erscheint fraglich, zudem entschiede dann eben wieder nicht die Kommune. Eine sozialdemokratische Antwort steht noch aus.

IBB: Neue Aufgaben beim Ausbau des öffentlichen Sektors? *Foto: PR/IBB*

Verschiedene Wege sind möglich

Ein gangbarer Weg wäre, regelmäßige Einnahmen aus Steuern dafür auszugeben, beispielsweise aus der Vermögensteuer. Diese Landessteuer, von Helmut Kohl (CDU) und Hans-Dietrich Genscher (FDP) trickreich abgeschafft, muß dazu über ein Bundesgesetz wieder aktiviert werden. Weder die mittlerweile drei oppositionellen Parteien im Bundestag noch eine der rot-roten Landesregierungen sind bislang tätig geworden.

Ein weiterer Weg wären einmalige Einnahmen. Beispielsweise könnten die seit Abschaffung des Grundstocks jährlich im Haushalt zur Gesamtdeckung verfrühstückten Einnahmen aus Grundstücksverkäufen wieder für Investitionen zweckgebunden werden. Ob davon andere Grundstücke oder Beteiligungen erworben werden, kann von Fall zu Fall entschieden werden.

Aber auch die einmaligen Einnahmen, die durch Kredite entstehen, kommen dann in Frage, wenn sie nicht für wiederkehrende Ausgaben, sondern für einmalige, investive Ausgaben verwendet werden. Hier wäre zu überlegen, ob nicht die wenigen Jahre bis zum Verschuldungsverbot für die Länder hier zu nutzen wären. Im übrigen: Die Schulden sind nicht in Zeiten des objektgebundenen Deckungsgrundsatzes explodiert, sondern mit dem situationsgebundenen von Konjunktur bis Vereinigung als Alibi. Die Niedrigzinsphase und die Kommunalkreditzinsen würden es jedenfalls derzeit erleichtern, Zins und Tilgung beispielsweise bei Unternehmen, die Gas oder Wasser verkaufen, zu erwirtschaften. Wenn deren Gewinne, selbst verbraucherfreundlich verstetigt, nicht mehr an Private, sondern zur Gänze an den Staat fließen, hilft dies sicher auch erheblich.

Als die Mauer noch stand, hat übrigens das Land Berlin schon einmal für seine Gaswerke einen beträchtlichen Kredit aufgenommen: „Der Senator für Finanzen wird ermächtigt, zur Finanzierung der von den Berliner Gaswerken (Gasag) - Eigenbetrieb von Berlin - zu ersetzenden Aufwendungen für die Errichtung der Erdgas-Transitleitung einschließlich der Anlagen für Filterung und Trocknung des Gases Kredite am Kreditmarkt bis zur Höhe von 228. 000.000 Deutsche Mark aufzunehmen ...“ So steht es im Gesetz über die Aufnahme von Krediten für die Erdgasversorgung Berlins vom 28. November 1983 (GVBl. S. 1505), das die Unterschrift des Regierenden Bürgermeisters Richard von Weizsäcker (CDU) trägt. Statt eines - zweiten - Nachtragshaushaltsgesetzes wurde damals der Weg eines besonderen Gesetzes - ohne Nachweis des Kredits im Haushalt - für angemessen erklärt. Das Berliner Haushaltsgesetz 1983 vom 17. Dezember 1982 sah bei einem Volumen von fast 20 Mrd. eine Kreditermächtigung von 1,95 Mrd. DM vor, wovon die Hälfte neue Schulden waren (GVBl. S. 2116).

Sieht man genauer hin, dann erkennt man, daß die damaligen Millionen letztlich gar nicht bei den Berliner Gaswerken verblieben. Diese waren vielmehr „... verpflichtet, der Ruhrgas AG die ihr entstehenden Aufwendungen für die Errichtung der Erdgas-Transitleitung einschließlich der Anlagen für Filterung und Trocknung des Gases zu ersetzen.“ (Vorblatt der Abg.haus-Drs. Nr. 9/1341) Aufgrund der damaligen besonderen politisch-geographischen Lage Berlins hatte sich die Ruhrgas AG nicht bereit gefunden, eigenes Geld zu riskieren. Sie sollte dann einen niedrigeren Gaslieferpreis gewähren, auf den wie üblich die Kosten für die neue Gasfernleitung aufgeschlagen werden sollten. Auf diese Weise sollten die Gaskunden dann Zins und Tilgung für den Landeskredit im Laufe der Jahre zahlen. Besondere Bedingungen erfordern besondere Gesetze, könnte man lernen.

Investitionsbank nutzen ?

Will man dies nicht, gibt es immer noch Wege. Beispielsweise könnte der öffentliche Sektor Berlins mit Hilfe der landeseigenen Investitionsbank Berlin gestärkt werden. Mit dem Gesetz zur rechtlichen Verselbständigung der Investitionsbank Berlin vom 25. Mai 2004 wurde als deren Aufgabe bestimmt: „§ 5 Aufgaben (1) Die Investitionsbank ist die Struktur- und Förderbank des Landes Berlin. Sie unterstützt das Land Berlin bei der Erfüllung seiner Aufgaben.“ (GVBl. S. 227) Nachfolgend findet sich eine abschließende Aufzählung, in welchen Bereichen sie Finanzmittel bereitstellen beziehungsweise Fördermaßnahmen durchführen soll. Dort findet sich als § 2 Abs. 2 lit. j) Infrastruktur.

Soweit ihre Mittel aus öffentlichen Haushalten nicht ausreichen, darf die Investitionsbank nach § 7 Darlehen und sonstige Refinanzierungsmittel aufnehmen. Zudem darf sie Pfandbriefe ausgeben etc. und erhält vom Land Einnahmen aus dessen stiller Beteiligung an der Landesbank (S. 228). Die Investitionsbank Berlin kann demnach, ohne den Landeshaushalt damit zu belasten, Kredite am Kreditmarkt aufnehmen u.a.m.

Interessant ist ferner, dass sie nach § 8 im Rahmen ihrer Aufgaben und nach Abstimmung mit dem Land Berlin rechtlich selbständige Unternehmen gründen oder sich an ihnen beteiligen kann, unter bestimmten Voraussetzungen auch an sog. Wettbewerbsunternehmen (S. 228). In der Einzelbegründung des Gesetzentwurfs heißt es dazu: „Hierdurch wird unter anderem gewährleistet, dass die IBB auch künftig im Auftrag des Landes Berlin Beteiligungen an Wettbewerbsunternehmen übernehmen kann. Aktivitäten in diesem Bereich sollen aber nur entwickelt werden, wenn sie im engen Zusammenhang mit den Aufgaben der Investitionsbank stehen.“ (Abg.haus-Drs. Nr. 15/2603 S. 15) Der Geschäftsbericht 2008 weist als Beteiligungen die Technolo

Fortsetzung Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

gie Coaching Center GmbH, die ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin mbH, die Berlin Tourismus Marketing GmbH, die Berlin Partner GmbH und die IBB Beteiligungsgesellschaft mbH aus. Letztere berichtet für das Geschäftsjahr von allein neun neuen Unternehmensbeteiligungen.

Landesgesetz ergänzen?

Zu prüfen bleibt, ob ein Erwerb von Unternehmen der Daseinsvorsorge von den gegenwärtigen ausdrücklich im Gesetz genannten Aufgaben umfaßt wird. Falls diese Prüfung Zweifel ergeben sollte, ob die gegenwärtige Gesetzeslage hinreicht, um die IBB für den Ausbau des öffentlichen Sektors zu nutzen, wäre eine ergänzende Novelle in Betracht zu ziehen.

Anregend könnte hier der § 2 Abs. 4 des Gesetzes über die Kreditanstalt für Wiederaufbau in der seit der Novelle vom 16. August 1961 geltenden Fassung sein: „Die Beschränkungen des Absatzes 3 gelten nicht, soweit es sich um ein Geschäft handelt, an dem ein staatliches Interesse der Bundesrepublik Deutschland besteht und das der Anstalt im Einzelfall von der Bundesregierung zugewiesen wird." (BGBl. I S. 1339) Die Einzelbegründung dieses Gesetzentwurfs erläutert karg, dass hier Geschäfte gemeint seien, „... deren Durchführung staatlicherseits als unerlässlich angesehen wird und für die andere Kreditinstitute nicht zur Verfügung stehen." (Bundestags-Drs. Nr. III/2759 S. 5)

Schaut man beispielsweise in den Geschäftsbericht 2008 der Kreditanstalt für Wiederaufbau, dann erfährt man von einem sogenannten Platzhaltermodell. Dahinter verbirgt sich der Kauf von Aktien der Telekom und der Post vom Bund zwecks Weiterverkauf an Private. Das Geld konnte der Bund gleich als Einnahme verbraten.

Wenn nun der sehr vage § 2 Abs. 4 des Gesetzes über die Kreditanstalt für Wiederaufbau es zuläßt, daß letztere Milliarden aufwendet, um öffentliche Unternehmen vom Bund zu erwerben und sie bis zum Weiterverkauf an Private zu behalten, dann dürfte der umgekehrte Weg schwerlich verboten sein. Die Kreditanstalt, die so manchen spekulativen Unfug auch durfte, darf dann sicher auch von Privaten kaufen, um später an den Bund zu verkaufen. Wenn solche Parkplatzgeschäfte in Milliardenhöhe erlaubt sind, dann in beide Richtungen. Und warum sollte eigentlich nur Parken erlaubt sein? Die Anstalten halten schließlich auch dauerhaft Beteiligungen.

Kurzer Weg zum Ausbau des öffentlichen Sektors

Für Berlins Investitionsbank könnte die Prüfung ergeben - und sei es nur sicherheitshalber - einen ähnlichen Absatz in den bestehenden § 5 einzufügen, wie er bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau seit einem halben Jahrhundert im Gesetz steht. Die Rechte des Abgeordnetenhauses, seit der Berliner Bankgesellschaftskrise besonders beachtenswert, blieben bereits durch Artikel V des geltenden Gesetzes über die rechtliche Verselbständigung der Berliner Investitionsbank gewahrt. Dieser bindet Verträge zwischen Investitionsbank und Land zur Umsetzung des Gesetzes an die Zustimmung des Abgeordnetenhauses. Eine Novelle des Berliner IBB-Gesetzes wäre ein erster Schritt auf einem kurzen Weg zum Ausbau des Berliner öffentlichen Sektors. Aber auch andere Wege sind mit Mehrheiten gangbar zu machen. Auf geht's! **Hans Willi Weinzen** ❑

Arbeit:

Faire Praktika bundesweit gesetzlich regeln!

Swen Schulz: Bundesregierung ohne erkennbare Strategie

Herzlichen Glückwunsch! Die Koalition von SPD und Linken im Berliner Abgeordnetenhaus hat einen Beschluss für den fairen Umgang mit Praktikantinnen und Praktikanten in der Berliner Verwaltung gefasst - als erstes Landesparlament!

Davon sind wir auf Bundesebene leider weit entfernt. Wir haben in der Großen Koalition die immer heftigeren Klagen und Berichte über Ausbeutung von Praktikantinnen und Praktikanten aufgenommen und Vorschläge für eine gesetzliche Regelung gemacht, damit bundesweit der Missbrauch des Praktikums bekämpft wird.

Keine Verbesserung mit der CDU

Doch die CDU/CSU hat das blockiert. Jetzt machen die neuen Mehrheiten eine Verbesserung noch unwahrscheinlicher. Doch das sollte uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht entmutigen, die Dinge beim Namen zu nennen und Verbesserungsvorschläge einzubringen.

Wie ist die Lage? Immer mehr Personen finden nach Abschluss ihrer Berufsausbildung oder ihres Studiums keinen direkten Einstieg in ihren Beruf. Stattdessen starten sie ihren Berufseinstieg über ein Praktikum. Forschungsberichte, zuletzt eine vom

Der Berliner Bundestagsabgeordnete Swen Schulz will für faire Praktika sorgen.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Auftrag gegebene Studie, belegen, dass Defizite bei der Beschäftigung und Vergütung von Praktikanten bestehen. Eine nicht unerhebliche Zahl von Praktikantinnen und Praktikanten erhält überhaupt keine Vergütung.

Arbeitnehmerrechte werden verletzt

Viele Praktikanten werden ohne eine adäquate Vergütung als normale Arbeitskräfte eingesetzt. Es werden also die Arbeitnehmerrechte verletzt. Wir sind darum gefordert, den Missbrauch und die Ausbeutung junger Menschen beim Berufseinstieg zu verhindern. Hierzu müssen faire Spielregeln geschaffen werden. Es gibt einen dringenden gesetzgeberischen Handlungsbedarf!

Klare Defintion für ein Praktikum

Wir wollen mehr Rechtsklarheit für die Betroffenen schaffen und das Praktikum klarer als solches definieren. Im Bürgerlichen Gesetzbuch soll ausdrücklich geregelt werden, dass Praktikantinnen und Praktikanten zu Lernzwecken eingestellt werden. Außerdem muss gesetzlich klargestellt werden, dass Personen, mit denen formal ein Praktikum vereinbart wird, Arbeitnehmer sind, wenn sie tatsächlich echte Arbeitsleistungen erbringen.

Außerdem wollen wir einen grundsätzlichen Vergütungsanspruch gesetzlich klarer definieren. Zur Verhinderung unbezahlter oder schlecht bezahlter Arbeitsverhältnisse wollen wir für die Fälle, in denen Praktikanten als normale Arbeitskräfte eingesetzt werden, gesetzlich klarstellen,

Fortsetzung Seite 11

Fortsetzung von Seite 10

dass sie die übliche Vergütung für ihre Arbeitsleistung beanspruchen können.

„Praktikanten", die als normale Arbeitskräfte eingesetzt werden, soll die Durchsetzung ihres Vergütungsanspruchs erleichtert werden. Wir wollen eine Beweiserleichterung zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung. D.h. wenn ein Praktikant im Streitfall Tatsachen vorträgt, die ein Arbeitsverhältnis vermuten lassen, soll der Arbeitgeber darlegen und beweisen, dass kein Arbeitsverhältnis, sondern ein Praktikumsverhältnis besteht. Dadurch wird in den Missbrauchsfällen für den Betroffenen der Nachweis eines Arbeitsverhältnisses erheblich erleichtert.

Und für Praktikantenverträge ist zwingend das Schriftformerfordernis einzuführen, das für Arbeits- und Ausbildungsverträge bereits besteht. Die notwendige Vertragsniederschrift verdeutlicht dem Praktikanten und dem Unternehmen, dass es sich bei einem Praktikum tatsächlich um ein Lernverhältnis und nicht um ein Arbeitsverhältnis handelt.

Zeitliche Begrenzung einführen?

Konkrete Lerninhalte und -ziele sollen festgelegt werden, die zu einer Verbesserung der Qualität des Praktikums führen können. Die Schriftform sollte daher beim Praktikum nicht freiwillig sein. In der Bundestagsfraktion immer wieder strittig war die Frage, ob die Dauer von Praktika begrenzt werden sollte, etwa auf drei oder sechs Monate. Ich persönlich bin für eine Begrenzung, da die Wahrscheinlichkeit einer Ausbeutung mit der Dauer des Praktikums erkennbar deutlich steigt.

Gleichwohl gibt es Argumente gegen die zeitliche Befristung. Sowird beispielsweise darauf verwiesen, dass auf Praktika, Hospitanzen, Volontariate etc., die sechs Monate und länger dauern, sinnvoll seien. Ich werde dieses Thema in der Bundestagsfraktion neu aufgreifen. Ziel ist, dass wir im Sommer eine neue Initiative für faire Praktika ergreifen. **Swen Schulz** ❑

Integration:

Wollen - Können - Müssen - Dürfen

Bilkay Öney über die Grenzen von Integrationsgesetzen

In den letzten Monaten haben sich Politiker im Ideenwettbewerb für eine bessere Integrationspolitik überschlagen: Auf die Forderung der CDU, Integrationsverträge mit Migranten abzuschließen, folgte die Ankündigung des Berliner Senats, ein Integrationsgesetz verabschieden zu wollen. Zwischendurch gab es wieder Unkenrufe, die Integration sei gescheitert. Auf diese Bankrotterklärung folgten weitere Vorschläge hilfloser Art. Von Zuzugssperren war die Rede, ein Vorschlag der Berliner CDU, und von einer Kitapflicht, wie Heinz Buschkowsky (SPD) forderte. Bei jetziger Gesetzeslage ist beides nicht machbar.

Ist Integration gesetzlich regelbar?

Ein Umstand, den man bei all diesen Ideen berücksichtigen sollte. Tatsächlich stellt sich die Frage, inwiefern Integration gesetzlich regelbar ist. In anderen Ländern gibt es bereits Integrationsgesetze, seit 2006 in Frankreich und seit 2008 in der Schweiz. Diese klären hauptsächlich Aufenthaltsfragen und verpflichten Migranten zum Besuch von Sprachkursen. Die Bundesrepublik ist beiden Ländern voraus. Das Zuwanderungsgesetz ist unter der damals noch rot-grünen Bundesregierung im Jahr 2005 in Kraft getreten. Auch dieses Gesetz verpflichtet die Migranten zur Teilnahme an Integrationskursen und knüpft Aufenthaltsfragen an eine erfolgreiche Integration.

Was will man mit einem Berliner Integrationsgesetz dann noch erreichen? Integration soll Pflichtaufgabe von Land und Bezirken werden und die kulturelle Öffnung des Öffentlichen Dienstes soll verstetigt werden. Der Landesbeirat für Integrationsfragen fordert eine Art Partizipationsgesetz, das die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung von Migranten sicher stellt. Die Türkische Gemeinde in Deutschland fordert eine Quotenregelung, um die Teilhabe von Migranten zu gewährleisten.

Die SPD-Abgeordnete Bilkay Öney- hier bei einer Diskussion mit Justizsenatorin Gisela von der Aue vor türkischen Unternehmern.

Weiche Quoten gibt es schon

Was viele übersehen: Der Senat hat bereits weiche Quoten für den öffentlichen Dienst formuliert. Bei Einstellungen wird auf Zusatzqualifikationen wie z.B. Fremdsprachenkenntnisse geachtet. Harte Quoten hingegen, wie sie einige Migrantenverbände fordern, sind gesetzeswidrig. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), das 2006 in Kraft getreten ist, verbietet Diskriminierung jeglicher Art, somit auch positive. Ein Dilemma, zumal Toleranz sich per Gesetz nicht verordnen lässt. Beim Thema Integration ist es ähnlich. Auch da stoßen Gesetze an Grenzen.

Integration ist eine Frage von Wollen, Können, Müssen und Dürfen - für beide Seiten. Konkreter: Wollen sich die Migranten integrieren, wollen sie denn partizipieren?

Wollen wir zusammen leben?

Oft wird Migranten unterstellt, sie wollten nicht. Für einige trifft das zu. Für die anderen gilt aber: Können sie sich denn integrieren; inwieweit sind sie bildungsmäßig in der Lage? Und müssen sich Migranten integrieren? Seit 2005, seit dem Zuwanderungsgesetz, ja. Interessant ist daher folgende Frage: Inwieweit dürfen sich Migranten integrieren? Was wird ihnen erlaubt und was nicht? Dieses Problem versuchen die Migrantenverbände mit einem Integrationsgesetz zu lösen. Sie übersehen aber die Grenzen der Integrationspolitik. Die Grenzen der Integrationspolitik fangen dort an, wo für die Mehrheitsgesellschaft das Wollen-Können-Müssen-Dürfen anfängt. Dort, wo wir uns fragen müssen: Wollen wir zusammen leben? Ganz ehrlich? Können wir miteinander leben? Ehrlich? Dürfen wir im Zusammenleben auch mal unsere Meinung sagen? Ehrlich!

Das sind Fragen, auf die ein Integrationsgesetz keine Antworten haben wird. Erneut ein Dilemma. Immerhin kennt man das Problem. In der Mathematik gibt es ein ähnliches Phänomen: Lösung kann nämlich auch sein, dass es keine Lösung gibt. Das muss man wissen, damit die Erwartungen an ein Integrationsgesetz nicht all zu groß sind und die Enttäuschung nicht all zu schwer. **Bilkay Öney** ❑

Medien:

Eine Flatrate für den Rundfunk

Die Selbständigen in der Berliner SPD plädieren für ein neues Bezahlsystem

Die „Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD Berlin“ hat die Ministerpräsidenten der Länder aufgefordert, das technisch überholte, empfangsgerätebezogene Berechnungsmodell für die Rundfunkgebühren zugunsten einer personenbezogenen Rundfunk-Flatrate aufzugeben.

Die Rundfunk-Flatrate soll künftig von allen in Deutschland lebenden erwachsenen Personen erhoben und über das Finanzamt eingezogen werden. Ihre Höhe orientiert sich an der zu entrichtenden Einkommen- bzw. Lohnsteuer. Personen, von denen aufgrund geringer Einkünfte keine Steuern erhoben werden, sind damit automatisch von der Rundfunk-Flatrate befreit. Eine separates Antragsverfahren auf Gebührenbefreiung entfällt somit. Ehepartner, die gemeinsam veranlagt werden, gelten auch für die Berechnung der Rundfunk-Flatrate als eine Person.

Abschaffung der GEZ

Das tatsächliche Vorhandensein von Empfangsgeräten ist bei der Rundfunk-Flatrate nicht relevant. Die Aufwendungen für den Gebühreneinzug (GEZ) entfallen, im Gegenzug entstehen Handlungsgebühren des Finanzamtes. Eine Prüfung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten findet nicht statt, der prozentuale Anteil am zu versteuernden Einkommen ist fixiert, die Höhe des Gebührenaufkommens somit an die Einkommensentwicklung der Bevölkerung gekoppelt. Da die Flatrate die Bevölkerung vollständig erfasst, entfällt die Gebührenpflicht für Unternehmen.

Dieses Modell beendet die unselige und nicht sachgerechte Diskussion über „neuartige Rundfunkempfangsgeräte“ im Kern und ist geeignet, das Ansehen und die Akzeptanz der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten wieder zu erhöhen. Gleichzeitig werden die Rundfunkanstalten von dem Zwang befreit, jedweden Distributionsweg allein aus gebührenstrategischer Überlegung heraus zu besetzen. Sie können sich auf ihren Programmauftrag konzentrieren.

Kleinunternehmer werden entlastet

Mit der Rundfunk-Flatrate wird vermieden, dass insbesondere auf die Kleinunternehmen eine in der Sache nicht gerechtfertigte Gebührenwelle zurollt, die nicht nur deren wirtschaftliche Basis weiter schwächt, sondern auch einen Imageverlust für den Standort Deutschland mit sich bringt. Insbesondere für Berlin mit seinem hohen Anteil an Unternehmen aus der Kreativbranche wäre eine Gebührenpflicht auf „neuartige Rundfunkempfangsgeräte“ im internationalen Wettbewerb ein ernsthafter Standortnachteil.

Ausstrahlung von Fernsehprogrammen: „Irgendwann ist alles Internet“. *Foto: Horb*

Die Notwendigkeit, vor dem Hintergrund einer voranschreitenden Digitalisierung und der damit verbundenen Universalisierung von Kommunikationsgeräten den Dinosaurier „Rundfunkgebühren“ von Grund auf den technischen Gegebenheiten anzupassen, ist weitgehend unbestritten. Allerdings hat sich die Politik bisher darauf beschränkt, mit der begrifflichen Akrobatik namens „neuartige Rundfunkempfangsgeräte“ das bestehende System fortzuschreiben und damit den Rundfunkanstalten einen Blankoscheck auf nahezu unbegrenztes Wachstum ausgestellt. Dabei boten und bieten sich dem Gesetzgeber mehrere Möglichkeiten, das Thema „Rundfunkgebühr und Internet“ zufriedenstellend und nachvollziehbar zu lösen:

1.) Er kann den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Aktivitäten im Internet schlicht untersagen. Diese Position ist die unter Internet-Usern am weitesten verbreitete Auffassung („Brauchen wir nicht, hat niemand bestellt“). Damit wird der öffentlich-rechtliche Rundfunk auf lange Sicht auf ein Abstellgleis geschoben, da irgendwann alles Internet ist.

2.) Er kann die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im Internet unbeschränkt gewähren lassen, eine Gebührenpflicht darauf aber ablehnen. Damit wird der öffentlich-rechtliche Rundfunk auf lange Sicht auf ein Abstellgleis geschoben, da irgendwann keine ‚normalen' Empfangsgeräte mehr existieren.

3.) Er kann öffentlich-rechtliche Internetangebote per Passwort nur denjenigen zugänglich machen, die sich als Rundfunkgebührenzahler legitimiert bzw. diese Dienste abonniert haben. Diese Lösung entspricht am ehesten dem bisherigen Grundsatz des bereitgehaltenen Gerätes und wird vermutlich in dem Maße eine gute Marktchance haben, in dem andere frei verfügbare und somit unentgeltliche Inhalte verschwinden.

4.) Er kann das Rundfunkgebührensystem von Grund auf neu gestalten und von der Frage nach dem Empfangsgerät entkoppeln. Ohnehin dürften nahezu 100 % der Bevölkerung einen Zugang zu Rundfunkempfang haben.

Öffentlich-rechtliches System braucht Akzeptanz

Der Gesetzgeber steht vor der Entscheidung für eine dieser vier Lösungen.

Keine Lösung ist ein „weiter so“, die zu Lasten der Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Systems insgesamt geht und zu einer weiteren Politikverdrossenheit eines großen (und größer werdenden) Anteils der Bevölkerung führt. Wer die Foren, Blogs und Leserkommentare zu diesem Thema im Internet verfolgt, kann ermessen, welche grundsätzliche Ablehnung das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem inzwischen bereits erfährt. Und dies beschränkt sich keineswegs nur auf die gezielt gesteuerten Beiträge von Interessengruppen, denen der öffentlich-rechtliche Rundfunk von Hause aus ein Dorn im Auge ist.

AGS Berlin ❑

Eckpunkte der SPD-Medienkommission

Die SPD-Medienkommission hat Eckpunkte für eine zukunftsorientierte und faire Finanzausstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Internetzeitalter erarbeitet. Danach plädiert die SPD für eine behutsame Abkehr der Rundfunkgebührenpflicht von der Geräteabhängigkeit unter Berücksichtigung europarechtlicher (beihilferechtlicher) und abgabenrechtlicher Vorgaben. Der Anteil der Wirtschaft (Industrie, Gewerbe, Handel, Dienstleistungs- und sonstige Einrichtungen), die mit fast einem Zehntel am Gebührenaufkommen beteiligt ist, soll dabei erhalten bleiben. **BS** ❑

Trekkingtour:

Abstand vom politischen Alltag

Renate Harant über den Aufstieg zum Anapurna-Massiv in Nepal

Niemals eine Plenarsitzung versäumen, das ist für die Abgeordneten der rot-roten Koalition eiserner Grundsatz. Der 14-tägige Sitzungsturnus erlaubt während der Sitzungswochen nur kurze Abwesenheit. Und selten tut sich ein fast vierwöchiges Zeitfenster plenarfreier Zeit auf - so wie in den Herbstferien des vergangenen Jahres.

Donnerstag noch Sitzung, am Freitag Flug nach Nepal, Kathmandu. Die lange geplante Trekkingtour rund um das Anapurna-Massiv erfordert mindestens 25 Tage Zeit, und das möglichst im Herbst. 200 km zu Fuß, von 1100 m bis auf 5416 m, zum höchsten Pass der Welt, dem Thorong-La, führte uns der Weg.

Das bedeutet zum einen eine enorme körperliche Herausforderung, schon durch die große Höhe, an die man sich sehr sorgfältig anpassen muss, zum anderen das Eintauchen in eine andere Welt: ohne Auto, ohne Strom, ohne Telefon und Internet, ohne Heizung und warmes Wasser. Auf was hatte ich mich da eingelassen? Würden ich und die anderen fünf der Gruppe das durchstehen? Um es vorwegzunehmen: Ja, wir haben es geschafft, und zwar alle sechs (drei Frauen, drei Männer). Es war anstrengend, aber eben auch ein grandioses Erlebnis. Und Autos, Telefon et cetera gab es doch, wenn auch nicht überall.

Zehn Tage ging es kontinuierlich vor allem bergauf. Da wir unser gesamtes Gepäck für drei Wochen mitschleppen mussten, begleiteten uns drei Träger und nahmen uns einen großen Teil des Gewichts ab. So waren unsere Rucksäcke nur 5 bis 8 Kilo schwer. Mit gemischten Gefühlen hatte ich dem ersten Treffen mit den Trägern entgegengesehen, denn meine (sozialdemokratische) Vorstellung von Trägern verband sich unscharf mit Begriffen wie Sklaverei und Ausbeutung. Aber die drei Männer zwischen 25 und 43 Jahren waren unkompliziert und engagiert und machten uns klar, dass sie froh darüber seien, Arbeit zu haben. Sie schleppten einen Teil unseres Gepäcks, jeder so 15-20 kg, was uns schon beeindruckte. Aber unterwegs begegneten wir immer wieder Trägerkolonnen, die auf dem Rücken riesige Packen hatten, 50 kg und mehr, dabei Gummilatschen trugen und uns bergauf überholten ... Umso verständlicher, dass der Bierpreis mit der Höhe anstieg.

Auch wenn in den Bauerndörfern, durch die wir kamen, die Menschen ganz einfach lebten, zusammen mit Hühnern, Ziegen und Vieh in kleinen Lehm- und Steinhäusern, waren die Vorboten der Zivilisation unübersehbar: Plastikflaschen und Chipstüten lagen links und rechts des Weges. Und dann die Überraschung: In den meisten Unterkünften (Lodges) gab es elektrisches Licht, wenn auch der Strom immer mal wieder für Minuten oder Stunden ausfiel. Eine Taschenlampe musste man also immer griffbereit haben.

Auf Trekkingtour (von links nach rechts): Heidrun Meißner, Beate Maier-Czerner, Jürgen Radebold, Renate Harant, Peter Broy, Tilman Wernicke.

Und es gab öfter als erwartet warmes Duschwasser, und zwar erwärmt von der Sonne: Etliche Lodges haben auf den Dächern Solaranlagen zur Warmwasserbereitung. Zum Teil wird sogar mit Sonnenenergie gekocht: vor den Häusern im Freien stehen Parabolspiegel mit einem Kochtopf in der Mitte. Eine Technik, die in Berlin wohl schwerlich funktionieren würde...

Begegnung mit der Natur

Als wir uns nach den Reisterrassenfeldern und Bambuswäldern immer mehr den Achttausendern des Anapurna-Massivs näherten, nahm uns die großartige Naturkulisse mehr und mehr gefangen. Strahlend blauer Himmel, darunter die weiß glitzernden Gipfel. Selbst in 4000 m Höhe war es untertags noch so warm, dass man in kurzer Hose und T-Shirt gehen konnte. Nachts gab es allerdings Frost. Und wenn man nachts auf die Toilette musste (die öfter auch außerhalb des Gebäudes lag), konnte man auf einer dünnen Eisdecke (die sich manchmal um die Toilette bildete!!! igitt) leicht ausrutschen.

Der absolute Gegensatz zu den ursprünglichen Regionen im Himalaya ist die Hauptstadt Kathmandu: laut, dreckig, chaotisch. Ein Gewirr von Häusern und dazwischen hängenden Elektroleitungen. Auf der Straße kämpfen Radfahrer, Rikschas und Lastwagen um die Vorfahrt. Jeder drängelt, so gut er kann. Während man sich auch in den entlegenen Regionen Nepals absolut sicher fühlt, läuft man als Verkehrsteilnehmer in Kathmandu ein hohes Risiko. Aber wir haben auch das unbeschadet überstanden...

Das Wort „Straßenschäden“ hat für mich seit Nepal auch eine neue Dimension. Autos und Busse (mit Passagieren auf dem Dach!) fahren auch da, wo es nach unseren Maßstäben gar keine Straße gibt, sondern nur Felsbrocken und tiefe Löcher. Erstaunlicherweise halten die Autos das aus. Wir rätselten allerdings, wie lange. Die Mitfahrenden brauchen jedenfalls starke Nerven und einen guten Magen.

Das war kein komfortabler Bade- oder Wellness-Urlaub, und doch: Ich habe mich selten so erholt gefühlt, körperlich und seelisch. War es die lange Dauer, war es die fremde Kultur, die überwältigende Landschaft, die gemeisterte körperliche Anstrengung? Oder die Erleichterung, dass in meiner Heimatstadt Berlin alles so ordentlich und geregelt ist? Das Licht immer brennt, das Wasser warm ist und die Straßen in hervorragendem Zustand. Und die S-Bahn fährt - für nepalesische Begriffe - pünktlich und regelmäßig.

Renate Harant ❑

Jusos eröffnen „Ansprech-Bar“

In Treptow-Köpenick wird heute ein neues Bürgerbüro eröffnet

Wo Menschen sich verdrossen von der Politik abwenden, da ist sie gescheitert. Nah am Bürger mussen Parteien sein und alle, die sich zu ihren Unterstützern zählen, sagten sich die Jusos Treptow-Köpenick.

Deshalb eröffnen sie am heutigen Sonnabend - sechs Monate nach dem Wahldebakel der SPD - ein Bürgerbüro in Oberschöneweide. Geplant ist das Büro als Ort des Austauschs. Hier können Bürger Unterstützung finden, egal ob SPD-Anhänger oder nicht. Das Büro steht auch allen offen, die Ansprechpartner suchen, um ihre Anliegen gemeinsam an die Verantwortlichen heranzutragen. Mit dem Sozialcafé soll ein Ort entstehen, an dem sich Bürger treffen, um zu diskutieren und sich auszutauschen. Wirtschaftlich schwache Familien im Bezirk sollen von der entgeltfreien Nachhilfe profitieren.

Zur feierlichen Eröffnung der Ansprech-Bar laden die Jusos Treptow-Köpenick am heutigen Sonnabend ab 15 Uhr in die Siemensstr. 15. Gäste können Anregungen zur Gestaltung des Büros und des Programms geben und sehen, was die Jusos im Bezirk eigentlich machen. Ab 15 Uhr werden Kaffee und Kuchen gereicht, ab 19 Uhr findet eine offene Fragerunde mit Gästen aus der Landespolitik statt und ab 20 Uhr gibt es Musik und alkoholfreie Cocktails .

Lars Düsterhöft ❑

➠ Eröffnung: 27.03.2010, Siemensstraße 15, 12459 Berlin, Haltestelle Wilhelminenhofstr./Edisonstr.

Aus Datenschutzgründen nicht in der Internetversion enthalten

TERMINE

■ SPD Berlin **Berliner Ideenkonferenz „Solidarische Stadtgesellschaft: Integration und Teilhabe“**, Samstag, 27. März, 9.30 Uhr, STATION-Berlin, Luckenwalder Straße 4 - 6, 10963 Berlin, U1, U2 Bahnhof Gleisdreieck - Parkhaus für Autofahrer (kostenpflichtig)

■ SPD Treptow-Köpenick, **Frauenpower gestern und heute, Lesung anlässlich des Internationalen Frauentages und des „Equal Pay Day**“, Samstag, 27. März, 16 Uhr, Galerie „Kunst trifft Politik“, Grünauer Str. 8, Gartenhaus, SPD-Kreisbüro-Treptow-Köpenick, 12557 Berlin

■ Jusos Treptow-Köpenick, **Eröffnungsfeier Juso-Büro „AnsprechBar“** in Oberschöneweide, Samstag, 27. März, ab 15 Uhr, Siemensstr. 15, 12459 Berlin-Oberschöneweide

■ Freundeskreis Willy-Brandt-Haus, **Die Ewigkeit des Augenblicks oder der verhängte Blick: die Verhüllung des Reichstages von Christo,** Werkbetrachtungen Kunst am Mittag, Sonntag, 28. März, 13.00 Uhr, Willy-Brandt-Haus, Stresemannstr. 28, 10963 Berlin, U-Bhf. Hallesches Tor, Bus M41 | Eintritt frei, Ausweis erforderlich. Anmeldung, max. 7 Personen, unter: Doris Reiprich, Tel. 030 259 93 700, Fax 030 259 93 720, oder e-Mail info@vbb-wbh.de, www.willy-brandt-haus.de

■ SPD Treptow-Köpenick, **Herausforderung Afghanistan,** mit Detlef Dzembritzki, 1998-2009 Mitglied des Deutschen Bundestages, u.a. im Auswärtigen Ausschuss, und Klaus Ulbricht, Montag, 29. März, 18 Uhr, Alte Schule Adlershof, Aula, Dörpfeldstr. 54, 12489 Berlin

■ AfA SPD Mitte, **Zeitpolitik,** Referentin: Vera Morgenstern, ver.di Bundesverwaltung, Dienstag, 30. März, um 17.00 Uhr, Restaurant Opatija Grill, Müllerstr.70 Ecke Dubliner Straße, 13349 Berlin, nahe U-Bhf. Rehberge

■ SPD Berlin und Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK), **Rechtsextremismus und Rechtspopulismus als Herausforderungen für demokratische Kommunalpolitik in Berlin**, Mittwoch, 31. März, 19.00 Uhr, Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin | U- und S-Bhf. Wedding, Anmeldung unter: doku-und-analyse@vdk-berlin.de.

■ SPD Treptow-Köpenick, **Politischer Frühschoppen, mit Wolfgang Thierse,** MdB, Sonntag, 11. April, 10.00 Uhr, Ratskeller Köpenick, Alt-Köpenick 21,12555 Berlin

■ SPD Marzahn-Hellersdorf, **Rückzug aus Afghanistan?** mit Hans-Peter Bartels, MdB, Mitglied im Verteidigungsausschuss Mitglied Untersuchungsausschuss „Kundus“; Rudi Kujath, Liane Ollech und Stefan Komoß, Dienstag, 20. April, 19.30 Uhr, Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin

■ AfB Charlottenburg-Wilmersdorf, **Lehrer/innen-Ausbildung an der Hochschule und im Referendariat,** Referent: Dr. Michael Martin, Leiter des Referats Lehrer/innenaus-, -fort- und -weiterbildung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Landesverband Berlin, Mittwoch, 21. April, von 18.00 bis 20.00 Uhr. SPD Bürgerbüro, Goethestr. 80, 10623 Berlin

■ Wolfgang Thierse, MdB, **Thierse trifft ... Heinz Buschkowsky,** Bezirksbürgermeister Berlin-Neukölln, Mittwoch, 21. April, um 19.30 Uhr, Soda-Salon in der Kulturbrauerei, Eingang Knaackstraße oder Sredzkistraße, 10435 Berlin-Prenzlauer Berg | Der Eintritt ist frei!

■ Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V. **Fotoausstellung - Glückssucher**, Traum und Alptraum der Promised Cities Berlin, Warschau und Mumbai. Eröffnung am Mittwoch, 14. April, um 19.30 Uhr, Ausstellung vom 15. April bis 9. Mai 2010, Dienstag bis Sonntag 12 bis 18 Uhr, Eintritt frei, Ausweis erforderlich

■ SPD Tempelhof-Schöneberg, **Gestalten statt verwalten- unsere Finanzpolitik für Berlin,** Diskussionsveranstaltung mit Dr. Ulrich Nußbaum, Senator für Finanzen. Donnerstag, 15. April um 19.30 Uhr, Rathaus Schöneberg, Raum 1102 (Goldener Saal), John-F.-Kennedy-Platz

■ Friedrich-Ebert-Stiftung, **Konferenz „Jetzt reden wir! Perspektiven und Interessen älterer Zuwanderinnen und Zuwanderer im Bürgerschaftlichen Engagement“**, u.a. mit Ülker Radziwill, MdA und seniorenpolitische Sprecherin der Berliner SPD-Fraktion. Montag, 26. April 2010, von 9.30 bis 16.30 Uhr, Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastr. 28, 10785 Berlin (Haus 2). Das vollständige Programm samt Anmeldeformular finden Sie auf der Internetseite http://www.fes.de/forumpug/inhalt/aktuell.htm. Um Anmeldung per Email wird gebeten: forumpug@fes.de, oder Fax: 030/26935-9241

24. April: KettenreAktion!

Mitfahrangebot: Berliner SPD ruft zur Teilnahme auf

Die Berliner SPD ruft zur Teilnahme an der bundesweiten Aktions- und Menschenkette für den Atomausstieg am 24. April zwischen den Pannenreaktoren Brunsbüttel und Krümmel auf.

Der Protest gegen die rückwärtsgewandte Energiepolitik von Schwarz-Gelb wächst. CDU, CSU und FDP planen die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke. Die Folge: Noch mehr hochradioaktiver Müll, für den es keine sichere Endlagerung gibt. Gemeinsam mit Anti-Atom-Initiativen und Umweltverbänden organisiert die SPD den Widerstand gegen diese falsche Politik.

Zentrale Großaktion ist eine Menschenkette zwischen den Atomkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel in Schleswig-Holstein am Samstag, den 24. April 2010. In der Zeit zwischen 14.30 Uhr und 15.00 Uhr wird eine von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis organisierte Aktions- und Menschenkette entlang einer 120 Kilometer-Strecke durch Hamburg und Schleswig-Holstein führen. Der Streckenabschnitt, der vom Berliner Bündnis betreut wird, liegt bei Elmshorn.

Organisiert vom lokalen Bündnis KettenreAktion fahren aus Berlin viele Busse nach Elmshorn. Berliner SPD-Mitglieder die sich telefonisch unter (030) 4692-222 bzw. über das Internet unter www.spd-berlin.de/kettenreaktion oder per Mail info@spd-berlin.de anmelden, fahren zum Vorzugspreis von 10 € mit. Die Fahrtkosten für Nichtmitglieder betragen 17 €.

Treffpunkt und Abfahrt ist am 24. April um 8.30 Uhr am Kurt-Schumacher-Platz, die Rückfahrt erfolgt um 17.30 Uhr, die Busse treffen spätestens um 21.30 Uhr wieder in Berlin ein. **BS** ❑

➠ zukunft-statt-atom.spd.de

SPRECHSTUNDEN

■ **Dr. Eva Högl,** Wahlkreisbüro, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4692-125 oder eva.hoegl@wk.bundestag.de. Nächste Termine: Donnerstag, 22. April, 17.00 bis 19.00 Uhr,

■ **Petra Merkel,** Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin., Bitte telefonisch anmelden unter Tel. 313 88 82 oder petra.merkel@wk.bundestag.de

■ **Mechthild Rawert,** Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin. erreichbar: Mo/Mi/Fr 10.30 bis 14.00 Uhr, Di/Do 13.00 bis 18.00 Uhr, Sprechstunden nach Vereinbarung. Um Anmeldung wird gebeten unter: mechthild.rawert@wk.bundestag.de oder Tel. 720 13 884. Nächster Termin: Freitag, 9. April, 14.00 bis 18.00 Uhr, Betreuungswahlkreis Reinickendorf, SPD-Kreisbüro Reinickendorf, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin

■ **Dagmar Roth-Behrendt,** MdEP, Europabüro, Brunnenstr. 167 in 10119 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 4660 7911

■ **Swen Schulz,** Bürgerbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 36 75 70 90. Nächster Termin: Bürgersprechstunde in Marzahn-Hellersdorf, Dienstag 13. April, 13.30 bis 15.30 Uhr, Blumberger Damm 158, 12679 Berlin. Anmeldung bitte unter Tel. 99 40 10 15. - Bürgersprechstunde in Lichtenberg, Dienstag 13. April, 16.00 bis 18.00 Uhr, Rathausstr. 7, 10367 Berlin. Anmeldung bitte unter Tel. 97 60 67 30.

■ **Wolfgang Thierse**, Wahlkreisbüro Wolfgang Thierse, Hagenauer Straße 3, 10435 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 442 83 88 oder per Mail: wolfgang.thierse@wk.bundestag.de

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Galerie im Kurt-Schumacher-Haus

Stadt und Menschen

Susanne Haun und Andreas Mattern in der KSH-Galerie

„Berlin - Stadt und Menschen“ zeigt die neue Ausstellung in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, die am 30. März eröffnet wird. Zu sehen sind Bilder von Susanne Haun und Andreas Mattern.

Die Stadt Berlin und ihre Menschen lässt die zwei Künstler als Sujet ihrer Arbeit nicht mehr los. Beide haben allerdings ihr Atelier vor wenigen Wochen aus dem Berliner Wedding an die Peripherie der Stadt verlegt. „Wir sehnen uns nach Natur und Ruhe“, erklärt Susanne Haun. Ist das die Flucht vor einem Alptraum? Was verliert, was gewinnt man dabei? Ihre Sicht auf die Stadt, ihre Eindrücke und Erfahrungen zeigen die Arbeiten, die bis zum 30. April in der Weddinger Galerie zu sehen sind. Mit den beiden Künstlern sprechen bei der Vernissage Christina Illigner, Vorsitzende der „Freunde der Graphothek Berlin e.V.“, und Eckhardt Barthel vom Kulturforum Stadt Berlin. **BS** ❑

Stadtansicht von Andreas Mattern.

➠ Ausstellungseröffnung: 30. März, 19 Uhr, zu sehen bis 30. April, geöffnet dienstags bis freitags von 14 bis 18 Uhr, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin.

KULTURTIPPS

Beckmann spielt Cello. Der Cellist Thomas Beckmann hat sich erneut auf Tour begeben, um mit Benefizkonzerten auf die Situation armer und obdachloser Menschen aufmerksam zu machen. Das Abschlusskonzert ist am Sonntag in Berlin.

➠ Konzert, Sonntag, 28.03.2010, 20.00 Uhr, Berliner Philharmonie - Kammermusiksaal, Herbert-von-Karajan-Straße 1, 10785 Berlin

800 Jahre Nikolaikirche. Schon beim Betreten der umfassend sanierten Nikolaikirche werden die Besucher vom grandiosen Raumeindruck überwältigt sein, verspricht das Berliner Stadtmuseum. Mit der Wiedereröffnung der Nikolaikirche wurde auch die Ausstellung „Vom Stadtgrund bis zur Doppelspitze“ eröffnet, die bis auf weiteres dort zu sehen ist. **BS** ❑

➠ Nikolaikirchplatz, 10178 Berlin, Öffnungszeiten: täglich 10 – 18 Uhr, Eintritt: 5,00 Euro, ermäßigt 3,00 Euro, jeden 1. Mittwoch im Monat Eintritt frei

Zwischen Venedig und Las Vegas

Venedig und Las Vegas - unterschiedlicher können zwei Städte kaum sein. Venedig, das altehrwürdige Handels- und Kulturzentrum der Alten Welt, das man zu Fuß durchquert; Las Vegas, das Glitzerding mit Glückspielmaschinen und Bühnenshows der neuen Welt, ein Platz für das Auto. Gegründet wurde Venedig auf Laguneninseln im lebensfeindlichen Meer, Las Vegas in der lebensfeindlichen Wüste. Beide Städte haben die Landschaft, in der sie sich entwickelten, verändert. Atemberaubend schöne Luftbilder des Amerikaner Alex MacLean zeigen das Gemeinsame und Trennende beider Städte.

Dies steht im Mittelpunkt einer beeindruckenden Ausstellung in der Akademie der Künste am Hanseatenweg im Tiergarten. Sie reflektiert, wie der Mensch die Landschaft verändert. Ein Videofilm zeigt aufgewühlte Landschaften im Norden Kanadas, schwärende Wunden, hinterlassen nach der Ausbeutung von Ölsanden. Schautafeln und Animationen präsentieren Projekte der Renaturierung von Landschaften, auch zukunftsweisende Architektur und Stadtgestaltung. Eingebettet ist diese künstlerisch ambitionierte und interdisziplinäre Ausstellung in ein Konzept mit Veranstaltungen zur Zukunft unserer Lebenswelten. Die Akademie sieht in der Ausstellungsthematik eine zentrale Herausforderung für die Menschheit. Angesichts der Erfolglosigkeit des Kopenhagener Klimagipfels will sie Wahrnehmungsveränderung initiieren, so Projektleiter Johannes Odenthal. Warum mit Venedig und Las Vegas zwei Städte die „Landschaft“ symbolisieren? „Fünfzig Prozent der Menschen auf der Erde leben in Städten, und von den Städten gehen 80 Prozent der Umweltzerstörung aus“, argumentiert die Landschaftsarchitektin und Akademiemitglied Donata Valentien, Kuratorin der Ausstellung. **Gunter Lange** ❑

➠ Wiederkehr der Landschaft, bis 30. Mai 2010, Akademie der Künste, Hanseatenweg, dienstags bis sonntags 11 - 20 Uhr

➠ Ein exzellentes Begleitbuch mit ein Fotoessay von Alex MacLean: „Wiederkehr der Landschaft“, Donata Valentien (Hg.), Jovis Verlag Berlin, 272 Seiten, Hardcover, 38 Euro, ISBN 978-3-86859-056-2